

Was ist eigentlich „neo-liberal“?

Der Neo-Liberalismus ist eine heute sehr verbreitete Art des Denkens, eine sehr spezifische Sicht auf die Welt, eine Art Religion. Es gibt einen Gott in dieser Religion und das ist der "Markt". Der Markt ist heilig und wird angebetet. Ziel ist die totale Durchsetzung der "natürlichen" Marktgesetze in allen menschlichen Gesellschaften. Alles was dem Markt zusammenhängt wird zum Fetisch. Der Markt ist Gott. Die Konkurrenz wird zu einer biologischen Grundkonstante erklärt, die es in allen Lebensbereiche natürlicherweise regiere, auch zwischen Mutter und Kind. Die Konkurrenz müsse gefördert werden. Einen Teufel gibt es im neo-liberalen Glauben auch: das ist das Soziale, das Kollektive, oder der Zusammenschluss von Menschen. Liebe, Fürsorge und Solidarität sind teuflisch. Das allerschlimmste für die Neo-Liberalen sind Gewerkschaften, soziale oder sozialistische Ideen und der Wohlfahrtsstaat. Der sei das Übel schlechthin und müsse abgeschafft werden. Der Mensch wird reduziert auf seinen Geschäftssinn und nur als Marktteilnehmer, als Konsument und Unternehmer gesehen. Andere Eigenschaften hat der Mensch nicht. Deshalb wollen die neo-liberalen alle sozial-staatlichen Einrichtungen und alle Allgemeingüter privatisieren, d.h. verkaufen. Weil privat immer besser sei, als gemeinschaftlich. Auch sozialstaatliche Einrichtungen und Gesetze müssen weg, weil das den Markt behindert. Das nennen sie "Deregulieren".

Die neo-liberale Dogmen sind Reaktionen der Reichen (Banken, Konzerne) auf den Versuch Gerechtigkeit in die Kapitalistische Gesellschaft einzuführen. Das wurde im 20. Jahrhundert mindestens zwei Mal grundsätzlich versucht, einmal durch die russische Revolution 1917 und dann durch die Schaffung des Sozialstaates nach dem 2. Weltkrieg in Europa. Beides hassen die Neo-Liberalen. Die neo-liberalen Politiker und Medien sind der Meinung es gäbe keine Alternativen zu dem kapitalistischen System.

Die Politik **aller** deutschen Regierungs-Parteien der letzten 15-20 Jahren - auch der Grünen-waren und sind „neo-liberal“. Deshalb gab es kaum noch Unterschiede zwischen allen Parteien. Auch die Medien sind neo-liberal durchseucht. Der Förderung des sog. „freie Markts“, der Abbau von Zöllen, die Heiligung der Konkurrenz, die Verschlinkung des Staates... das sind neoliberale Projekte. Es soll uns dadurch besser gehen, sagen sie. Doch jüngste Resultate neo-liberaler Deregulierung sind Börsencrash, Finanzkrise, zunehmende Armut, Umweltzerstörung und die ständigen Kriege und Kriegdrohungen. Weder erklären sich die neo-liberalen Politiker, Journalisten, Experten u.s.w. selber als neo-liberal, noch dulden sie einen Diskurs über das was neo-liberal ist. Der Neo-Liberalismus ist eine Glaubenslehre die den Kapitalismus schönredet. Der Neo-Liberalismus ist eine clevere pseudo-wissenschaftliche Theologie zur Verteidigung von Kapitalismus und Reichtum der Reichen. Der Neo-Liberalismus ist Sand in unseren Augen. Der Neo-Liberalismus ist eine bewusst geführte Kampf um das Denken und Handeln der Menschen gegen die Interessen der Bevölkerung.

O. Lattorf

Wer mehr wissen will, hier eine kleine Artikelsammlung

"Das kapitalistische (neo-liberale) Credo

(Credo: Ich glaube! Credo ist ein zentraler Satz christlicher oder neo-liberaler Dogmatik.)

Die theoretischen Grundannahmen des kapitalistisch - patriarchalen (neo-liberalen) Wirtschaftscredos sind *Glaubenssätze*, die einer empirischen Überprüfung nicht standhalten.

- 1.) Der Mensch (homo oeconomicus) ist von Natur aus eigensüchtig (folgt nur seinem Eigeninteresse), individualistisch und Konkurrenz - orientiert. (Der ewige Krieg aller gegen Alle.)
- 2.) Die Natur ist geizig. Ökonomie hat es immer mit (zu) knappen Ressourcen zu tun.
- 3.) Menschliche Bedürfnisse sind grundsätzlich unersättlich.
- 4.) Eine moderne Wirtschaft muß permanent wachsen. Als Arbeit gilt nur die „produktive“ Lohnarbeit.
- 5.) Ohne „Lohnarbeit“ (Geld) kein Leben, keine Kultur.
- 6.) Produktivitätssteigerung ist wünschenswert und unendlich.

Aus: Die Subsistenzperspektive. Eine Kuh für Hillary von Veronika Bennholdt –Tomsen und Maria Mies. München 1997

Inhaltsverzeichnis:

Das ideologische Profil des Neoliberalismus. Von Erich Hahn.....Seite 3

Neo-liberale Strategien der Krisenbewältigung. Von Erich Hahn.....Seite 9

Erziehung der Öffentlichkeit. Der Neoliberalismus als Projekt der politischen Praxis
Von Ralf Ptak.....Seite 13

Klassenkampf von oben. Die Regierung Thatcher in Großbritannien begann weltweit als erste mit der Umsetzung neoliberaler Marktstrukturen.
Von Werner Rügemer.....Seite 20

Die öffentliche Verschuldung wird durch Private-Public-Partnership-Projekte weiter verschärft. Die enormen Kosten für die »Heuschrecken«-Profite muß die zunehmend verarmende und kontrollierte Bevölkerung tragen Von Werner Rügemer.....Seite 26.

Liste Neo-Liberale Think Tanks in Deutschland.....Seite 33

Personen der Deutschen Think Tanks.....Seite 34

Die Meinung's-Schmiede von Deutschland.....Seite 35

**Kreativität als Herrschaftsideologie neoliberale Klassentheorie. Von Thomas Wagner
.....Seite 37**

aus: Junge Welt 13.12.2008

Das ideologische Profil des Neoliberalismus

Von Erich Hahn



Intellektuelle Schlacht: Poster der Initiative »Neue Soziale 3Marktwirtschaft« beim - Bundespressestrand am Spreeufer in Berlin (20.7.2005)
Foto: AP

(...)

Klassenkampf von oben

Die »Ideologieform« (Herbert Schui) des Neoliberalismus ergibt sich aus systematischen, aktuell-politischen und historischen Gründen. Der Neoliberalismus ist ein historisch defensives Konzept. Seine Entstehung verdankt er der Opposition mächtiger Gruppierungen der imperialistischen Bourgeoisie in den 30er Jahren gegen die keynesianistische Wirtschaftspolitik, die einen reformistischen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise gesucht hatte. Die Opposition lief darauf hinaus, die traditionelle Legitimation des kapitalistischen Systems durch das Versprechen, den Wohlstand der Nationen zu heben, in Frage zu stellen. An deren Stelle trat das Konzept, die Alternativlosigkeit des Kapitalismus auf die Garantie individueller Freiheit zu gründen, auf die Freiheit, als Marktsubjekt, als autonomer Unternehmer ungestört von Politik, Staat und Gewerkschaften agieren zu können. In der uneingeschränkten, von Wettbewerb angetriebenen Dynamik wirtschaftlicher Prozesse sollte die Aussicht auf individuellen Wohlstand und Erfolg gründen. Zugleich war das Konzept als Alternative zur realen sozialistischen Planwirtschaft gedacht.

...

Die Durchsetzung der marktradikalen Variante der neoliberalen Doktrin erfolgte als eine an den Interessen des herrschenden Großkapitals orientierte politische Reaktion auf wirtschaftliche und politische Herausforderungen der 70er Jahre. Es ging nicht nur darum, Konsequenzen aus einem Wachstumseinbruch, aus Veränderungen im Akkumulationsprozeß oder aus neuartigen Ressourcenproblemen zu ziehen. Beabsichtigt war, dem Prinzip »Marktwirtschaft« zur uneingeschränkten Durchsetzung im Wirtschaftsprozeß – und darüber hinaus – zu verhelfen, den wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus (...Sozialhilfe, Kindergeld, Bafög, Klammer von O.L.) der Nachkriegsjahrzehnte zu beseitigen und durch die Nutzung neuer Möglichkeiten der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Verschärfung der Ausbeutung im globalen Maßstab sowie eine Neuproportionierung der Verteilungsverhältnisse zugunsten der Vermögensbesitzer zu erreichen. Durch Unterbeschäftigung und Prekariat sollte die arbeitende Bevölkerung diszipliniert werden. Unter diesen Gesichtspunkten und Kriterien war die Rolle des Staates als Regulator wirtschaftlicher Prozesse und als Garant der politischen Rahmenbedingungen neu zu bestimmen. Es ging um »Klassenkampf von oben«, um einen generellen Angriff auf die Rechte und Interessen der Arbeitenden und Besitzlosen, um eine »Konterrevolution« gegen den Wohlfahrtsstaat. Der so programmierten Verschlechterung der Lebenslage breiter Schichten der Bevölkerung und bevorstehenden Interessenkonflikten sollte durch verstärkte ideologische Aktivitäten begegnet werden.

Das neoliberalistische Zusammenwirken von politischer Aktivität und organisierter Ideologieproduktion bei der Herausbildung und Etablierung eines neuen wirtschaftspolitischen Paradigmas war langfristig angelegt. Zu recht wird immer wieder unterstrichen, daß beim Aufkommen dieses Konzepts die Mont Pèlerin Society eine gewichtige Rolle gespielt hat, jenes 1947 am Genfer See gegründete Forum neoliberaler Protagonisten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Medien, Bildungseinrichtungen und Militär. Heute gilt es als Prototyp neoliberaler Think-tanks, zählt über 500 Mitglieder und stellt das Zentrum eines Netzwerks von mehr als 90 Denkfabriken in der ganzen Welt dar – finanziell und organisatorisch unterstützt durch mächtige Wirtschaftsverbände, Stiftungen, Universitäten und andere Institutionen. Die Society ist also unabhängig von Vorgaben oder Einflußnahmen seitens des Staates oder der Parteien.

Think-tanks der Bourgeoisie

Wesentlich in unserem Zusammenhang ist, daß da nicht nur Gedanken artikuliert, strategisches Wissen und weltanschauliche Prinzipien ausgetauscht sowie politische Entscheidungen angedacht, sondern deren massenhafte Verbreitung in der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft geplant und organisiert werden. Ziel sei, die »intellektuelle Schlacht« über den Gang der Dinge für etliche Jahrzehnte zu gewinnen – unabhängig von der jeweiligen politischen Konstellation. Von einer »Evangelisierungsmission« ist die Rede; vermittels sämtlicher Medien müsse ein »starker Einfluß auf das Denken des einfachen Menschen« ausgeübt werden.¹ **»Wie verändert man die Einstellung zu unserer Wirtschafts- und Sozialordnung?«** ist eine von vielen ähnlichen Fragen, denen sich die vom Unternehmerverband Gesamtmetall **mit jährlich zehn Millionen Euro finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – ein ähnlicher Think-tank – widmet.**

Das Phänomen »Think-tank« bietet sich noch für eine weitere Verallgemeinerung an – die soziale Anonymität und Abstraktheit herrschender Ideologieproduktion wird durchbrochen, ihr Klassencharakter tritt in Erscheinung. Solche wie die hier interessierenden Denkfabriken befriedigen nicht nur objektiv die Interessen der herrschenden Bourgeoisie und werden nicht nur von ihr bezahlt – sie rekrutieren sich auch personell aus ihren Vertretern. Anwesenheitslisten der Zusammenkünfte und Mitgliederverzeichnisse der leitenden Gremien belegen, wer das Sagen bei der »strategischen Kommunikation«, beim »Public Opinion Management« hat. Immer wieder die gleichen Namen und Adressen verdeutlichen die hochgradige Konzentration. Der französische

Soziologe Pierre Bourdieu schreibt: »**Ungeachtet scheinbar unterschiedlicher Stellungnahmen bilden die ›Produzenten der herrschenden Ideologie‹ eine relativ homogene Gruppe.** (...) Reflexionsgruppen aus hohen Militärs, Wirtschaftsleuten und Absolventen der ›Grandes Ecoles‹ bilden sich an Schnittstellen zwischen intellektuellem Feld und Feld der Macht, also dort, wo aus Sprache Macht entsteht (...).«²

Die soziologische Analyse dieser Think-tanks ergänzt insofern den Nachweis ihrer Funktion bei der Reproduktion des kapitalistischen Klassenantagonismus. **Diese Denkfabriken** sind nicht einfach Begegnungstätten von Intellektuellen zum Herausfinden optimaler Lösungen für beliebige Probleme, sondern **Gremien zur Stabilisierung der Kapitalherrschaft über die Gesellschaft.** Die Sozialwissenschaftler Dieter Plehwe und Bernhard Walpen sehen daher in ihnen reale Ansätze von »transnationalen Klassenformierungsprozessen«.³

Ideologische Offensive



Vordenker des Neoliberalismus:
der österreichische Ökonom
Friedrich August von Hayek (hier
mit dem schwedischen König Carl
Gustaf bei der Verleihung des
Wirtschaftsnobelpreises,
Dezember 1974)

Foto: AP

Zustimmung zur herrschenden Ordnung resultiert in der kapitalistischen Klassengesellschaft in der Regel aus der Wechselwirkung zwischen dem »stummen Zwang der Verhältnisse« bzw. infolge von Zugeständnissen an soziale Ansprüche einerseits und der ideologischen Beeinflussung des Massenbewußtseins andererseits. Allerdings tritt – je nach der Schärfe gesellschaftlicher Widersprüche – von Zeit zu Zeit die eine oder die andere Seite in den Vordergrund.

Von politischen Unterbrechungen abgesehen, waren die bundesdeutschen Nachkriegsjahrzehnte unter der Ägide der ordo- oder wirtschaftsliberalen »sozialen Marktwirtschaft« Ludwig Erhards (CDU) überwiegend durch eine »sozialstaatlich erzeugte und perpetuierte Massenloyalität« gekennzeichnet.⁴ Wachstum, annähernde Vollbeschäftigung und steigende Einkommen umgaben die Fortexistenz des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Armut. Die Ideologie der »Entideologisierung« entsprach verbreiteten Stimmungen und erwies sich zugleich als probates Mittel, um aufbrechendes Konfliktbewußtsein zu lähmen und die Entfaltung reaktionärer Positionen im politischen und juristischen Überbau zu kaschieren.

Nun wäre es gewiß verfehlt, die sich in der Folgezeit anbahnende ideologische Hegemonie des marktradikalen Neoliberalismus allein auf das Management der öffentlichen Meinung durch die PR-Industrie oder Think-tanks zurückzuführen. Und doch ist es kein Zufall, daß deren verstärktes Auftreten in den 80er und 90er Jahren gerade mit der ideologischen Offensive dieses Neoliberalismus ins Blickfeld geriet. Seine Durchsetzung konnte nicht allein vom »stummen

Zwang der Verhältnisse« erwartet werden. Die ideologische Komponente des »Klassenkampfes von oben« wurde manifest. »**Noch nie war so viel Ideologie wie heute**«, überschrieb der Soziologe Sebastian Herkommer die Einleitung zu seinem 2004 erschienenen Buch »Metamorphosen der Ideologie«.5

Prägend war vor allem die Komplexität des politischen und ideologischen Vorgehens – eingeleitet bereits durch die »monetaristische Konterrevolution« in den Wirtschaftswissenschaften der entwickelten kapitalistischen Industrieländer bis hin zur konzentrierten Vergabe von Nobelpreisen. Schubkraft erwuchs dem neuen Paradigma aus der politisch-praktischen und ideologischen Ausschlichtung der ökonomischen Krisenerscheinungen sowie aus dem Appell an die Interessen der Vermögensbesitzer. Über alle Medien verkündeten Politiker und diverse Experten, daß Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und weitere Krisensymptome in der Beschränkung unternehmerischer Initiative durch »zuviel Staat«, in »ausufernder Bürokratie«, in »zu teuren Sozialsystemen« oder »zu hohen Lohnnebenkosten« ihre Ursachen hätten. Das Versprechen von Steuerentlastung, verminderten »Soziallasten«, einem »verschlankten« Staat und Preisstabilität verstärkten die Aussicht auf eine beschleunigte Akkumulation von Geldkapital und auf höhere Renditen. Und sie vermittelten ein – trügerisches – Gefühl von Sicherheit.

Die Verbreitung der neoliberalen Verheißung wurde zudem durch allgemeingesellschaftliche Bedingungen begünstigt. Ihre Verpackung als »Befreiung« garantierendes Heilsversprechen fand Anklang, weil die Niederlage des sozialistischen Systems in Europa dem »siegreichen« Kapitalismus einschließlich seiner tragenden Prinzipien unumschränkte Gültigkeit, nachgerade einen »endzeitlichen« Status zu verleihen schien. Mythos und Realitäten der Globalisierung attestierten dem Marktliberalismus weltbewegende Potenzen. Und nicht zuletzt: Die geschwächte Arbeiterbewegung und die erlahmende Kampfkraft zahlreicher Gewerkschaften vermochten es nicht, den Opfern des Klassenkampfes von oben Stimme zu verleihen und Gehör zu verschaffen.

Rationale Fiktion

Intensität und Gehalt der neoliberalen Ideologieaktivitäten ergeben sich nicht nur mit den Erfordernissen praktischer Umsetzung. Nicht minder ins Gewicht fallen strategische Ziele sowie strukturelle Merkmale des Projekts.

Im offiziellen Wissenschaftsbetrieb und im Feuilleton wird »Neoliberalismus« in der Regel als »Sozial- und Wirtschaftstheorie«, als »ökonomische Lehre«, als »volkswirtschaftliche Schule« oder auf ähnliche Weise definiert. Damit wird die übergreifende Funktion des Vorhabens ausgeblendet, die Fortexistenz und Reproduktion der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gewährleisten. In der spezifischen Wahrnehmung dieser Funktion gründet der Charakter des Neoliberalismus als Ideologie. »Er ist nicht einfach eine Gruppe von verwandten sozialwissenschaftlichen Theorien, die von nichts anderem als dem Wunsch nach Erkenntnis motiviert wären, er ist vielmehr in erster Linie **eine Ideologie mit dem Ziel der grenzenlosen Restaurierung des Kapitalismus. (...) Argumente und Konzepte werden entwickelt, um einen Kapitalismus zu legitimieren**, der sich (...) gegen Massenwohlfahrt – und damit gegen sein eigenes ursprüngliches Glücksversprechen – wendet.«6

Daß Theorien, wissenschaftliche Aussagen und logische Argumente zu den formalen Strukturmerkmalen des Neoliberalismus zählen, unterscheidet den Neoliberalismus zwar von anderen ideologischen Systemen, vermag an seinem grundlegend ideologischen Charakter indes nichts zu ändern. Der Politikwissenschaftler Lothar Döhn aus Kassel schreibt: »**Die liberale Theorie ist in ihrem grundsätzlichen Denkansatz eine Konstruktion, mit der die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich legitimiert wird.**

Wegen ihres empirischen Bezugs und immer wieder bewiesenen Realitätssinns ist das Ideologische an diesem Denkansatz nicht ohne weiteres erkennbar, vor allem für jene nicht, die ihr Selbstverständnis unreflektiert aus der bürgerlichen Gesellschaft gewinnen.«⁷ Es handelt sich um eine »rationale Fiktion«. Einige Konsequenzen für das ideologische Erscheinungsbild des Neoliberalismus sollen skizziert werden.

Neues Menschenbild

Vor allem zwingen die Radikalität des angesteuerten Umbruchs in den ökonomischen Verhältnissen und dessen Folgen für die Gesamtgesellschaft zu dem Versuch weltanschaulicher Untermauerungen. Die bereits angedeutete **Reduktion menschlicher Freiheit auf die Freiheit, als Marktsubjekt zu agieren**, läuft auf eine **Umdeutung auch des bürgerlichen Menschenbildes** hinaus. Das neoliberale Hauptanliegen, wirtschaftliche Prozesse und deren Akteure grundsätzlich gegen gesellschaftliche Einflußnahme, gegen Staatsinterventionismus, gegen Gewerkschaften – ganz zu schweigen von sozialistischer Vergesellschaftung – abzuschirmen, veranlaßt beispielweise Friedrich A. von Hayek, den wohl prominentesten Vordenker des Marktradikalismus, für eine drastische Einschränkung der Verantwortung des Menschen zu plädieren. Das Verantwortungsgefühl des Menschen leide, wenn gelehrt werde, daß der Mensch für alles verantwortlich sei, was auf der Welt vorgehe.

Die 1997 von der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen unter Leitung von Professor Meinhard Miegel verfaßte Studie zur Zukunft der Arbeit fordert normative Vorgaben für die Veränderung gesellschaftlicher Leitbilder. Das Leitbild des »Arbeitnehmers«, die Erwartung der Erwerbstätigen, daß die »Arbeitgeber« ihre Arbeitskraft organisieren und der Staat sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter »lebensbestandlich« versorgt, dürfe nicht länger bewußtseinsprägend bleiben. Es müsse durch das **Leitbild des Menschen »als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«** ersetzt werden. Möglichst viele Menschen müßten »mehr Eigenverantwortung für ihre Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge« übernehmen. Verantwortung wird also auf ökonomisch Unmittelbares beschränkt, und innerhalb dieser Beschränkung wird mit kaum zu überbietendem Zynismus die Differenz zwischen dem Besitzer der Arbeitskraft als Unternehmer und dem Besitzer der Produktionsmittel als Unternehmer aus der Welt geschafft.⁸

Daß es sich hier in der Tat um einen rigiden Bruch mit Axiomen des ursprünglichen Liberalismus handelt, erhellt aus ernüchternden Bilanzen »kapitalistischer Heilsversprechen« unter dem Eindruck des aktuellen Börsenkrachs auch im liberalen Feuilleton. Desillusioniert wird der neoliberale Slogan »Freier Markt macht freie Bürger« als »armseliges Freiheitsverständnis« verabschiedet. »Bürgerliche Freiheit meinte niemals nur den Bourgeois oder den Hedgefondsmanager, sondern immer den Citoyen.(Der **Citoyen** bezeichnet den Bürger bzw. Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet.) Marktfreiheit dagegen meinte stets die selbstzweckhafte Vergrößerung des Kapitals.«⁹

Dem wirtschaftszentrierten Habitus des Neoliberalismus entsprechend wird diese Art Freiheit zudem bis auf menschliche Verhaltensweisen herunterdekliniert, die durch aktuelle technische bzw. arbeitsorganisatorische Tendenzen ermöglicht werden, beispielsweise durch die Ausweitung von Gestaltungsspielräumen der menschlichen Arbeit. Nun können Elemente von Eigenverantwortung, Kreativität, Initiative, Risikobereitschaft und Flexibilität sicher eine Bereicherung des Inhalts von Arbeitsprozessen mit sich bringen. Eine Umdeutung liegt jedoch bereits vor, wenn derartige Tendenzen auf das marktwirtschaftliche Geschehen als solches verallgemeinert werden, wenn die Marktwirtschaft als unerschöpfliches Betätigungsfeld derartiger Eigenschaften angepriesen,

zugleich aber unterschlagen wird, daß sie zu Triebkräften bedingungsloser Unterordnung unter die Gebote des Profitregimes instrumentalisiert werden.

»**Wer flexibel ist, darf bleiben**«, lautete die Überschrift eines Beitrages in der Süddeutschen Zeitung vom 22. Februar 2008 zu bevorstehenden Entlassungen durch einen Konzern, um »zügig auf bessere Renditen getrimmt« werden zu können. »Flexibilität« meint in diesem Kontext nicht selten die Bereitschaft, schlechter bezahlte und weniger qualifizierte Arbeit, einen Ortswechsel oder längere Wegezeiten hinzunehmen. Die mit der Flexibilisierung der Betriebsweise einhergehende permanente Drohung des Arbeitsplatzverlustes und die reale Prekarisierung verdichten sich zu einer »politischen Ökonomie der Unsicherheit«.10

Jobverlust wird zynisch als Chance ausgegeben, ein »selbstbestimmtes«, »autonomes« und »kreatives« Leben zu führen. Zu recht rückt der amerikanische Soziologe Richard Sennett das soziale Vorzeichen dieser Diktion in den Blickpunkt. »Der moderne Kapitalismus propagiert, daß jedermann mehr wagen sollte. Jeder möge Unternehmer seiner Arbeitskraft sein. Unsicherheit wird in dieser Rhetorik als etwas Positives verkauft.« Gepflegt werde die »Ideologie der Flexibilität« freilich vor allem in den »Business schools«. Dort spreche man »unausgesetzt über Veränderung und Flexibilität. Das ist auch wunderbar für all diejenigen, die das nötige Geld haben, um Risikokapitalist zu spielen. Es ist keine so berauschende Perspektive für einfache Arbeiter und Angestellte, die sich ständigem Anpassungsdruck ausgesetzt sehen.«11

1 Prokla 115 (1999), S. 225

2 Pierre Bourdieu, Interventionen 2, Hamburg 2003, S. 9

3 Klaus-Gerd Giesen (Hg.): Ideologien in der Weltpolitik, Wiesbaden 2004, S. 53, 57

4 Joachim Bischoff u. a. (Hg.): Das Ende des Neoliberalismus?, Hamburg 1998, S. 63

5 Sebastian Herkommer: Metamorphosen der Ideologie, Berlin 2004

6 Herbert Schui/Stephanie Blankenburg: Neoliberalismus, Hamburg 2002, S. 9, 74

7 Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Opladen 1998, S. 166

8 Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1998, S.247

9 Die Zeit vom 25.9.2008, S. 63

10 Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2003, S. 26

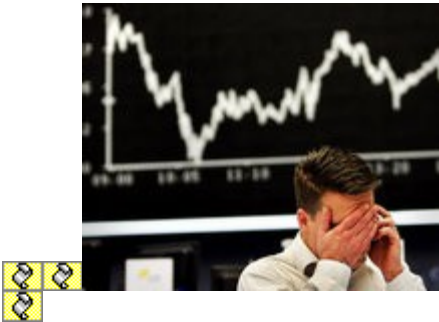
11 Die Zeit vom 26.11.1998, S. 28

Erich Hahn war von 1971 bis 1990 Direktor des Instituts für marxistisch-leninistische Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin/DDR

Unverhohlene Apologie

Teil II (und Schluß): Strategien der Krisenbewältigung

Von Erich Hahn



Auch in der Krise darf die Frage nach der Vernunft des Gesamtsystems nicht gestellt werden: Aktienhändler an der Frankfurter Börse (7.10.2008)
Foto: AP

Das ökonomische Gewand des Neoliberalismus und seine politisch-programmatische bzw. normative Funktion sind eng miteinander verbunden. Um akzeptiert und praktisch umgesetzt zu werden, bedürfen seine nicht immer attraktiven Botschaften weltanschaulicher Untermauerung. Dazu bieten sich Gegebenheiten des wirtschaftlichen Lebens geradezu an.

Vor allem geht es darum, die Postulate neoliberaler Wirtschaftspolitik als alternativlos, als unvermeidlich, als durch das System erzwungen hinzustellen. Das TINA-Prinzip (There Is No Alternative!) und die »Sachzwangdiktion« markierten dazu die Ouvertüre. **Wirtschaftliche Prozesse werden als schlechterdings nicht beeinflussbar ausgegeben**, als »naturhafte« Abläufe gegen unerwünschte politische Gestaltung immunisiert. **»Die Naturalisierung der Wirtschaft ist der eigentliche Trick der neoliberalen Ideologie.«¹**

»Der Begriff ›Markt‹ steht in der welterklärenden Rhetorik von Politikern, Journalisten, Wirtschaftsexperten und oft sogar von wissenschaftlichen Autoren heute an der Stelle, wo einstmals der Name ›Gottes‹ genannt wurde.«² Individuelle Zweckrationalität und die Reduktion von Vernunft auf **unmittelbare Effizienz** wurden zu obersten Prinzipien und allein gültigen normativen Kriterien erhoben. Verschwiegen wird der »Zweck« dieser »Rationalität«: das herrschende Klasseninteresse, die »spekulative Warenrationalität des globalisierten Finanzkapitals«.³ **Die Frage nach der Vernunft des Gesamtsystems und dem Allgemeininteresse wird als überholt verabschiedet.**

Der Forderung nach bedingungsloser Unterwerfung unter die vom Neoliberalismus gesetzten

Regeln und Normen dient auch Gedankengut.(..)

Zur Begründung dient eine zum Fetisch stilisierte, geschichts- und begriffslose »Modernisierung«. Ununterbrochen ist von »modernem« Regieren, »modernen« politischen Führern, »modernem« Sozialstaat und natürlich »modernen« Sozialdemokraten die Rede. Ein »antiideologischer« Pragmatismus offenbart sich einmal mehr als Ideologie, und »Realismus« und meint Anpassung an die gewünschten wirtschaftspolitischen Umbrüche. In Wirklichkeit – so ein kritischer Kommentator – entspringt die Ideologie der Modernisierung »schlichten Marktinteressen: Gut ist, was der Wirtschaft nützt; was sie hemmt, muß verändert werden. Solche Veränderungen nennt man Deregulierung, Flexibilisierung.«⁴

(...)

In einer Talkshow wurden kürzlich die allabendlichen Börsennachrichten zur besten Sendezeit als Zumutung moniert – seien doch bestenfalls zehn Prozent der Bevölkerung tatsächliche Aktienbesitzer. Als ob diese »Nachrichten« lediglich für diese gedacht seien!

Es geht vielmehr darum, das öffentliche Bewußtsein insgesamt auf eindimensionale

Denkmuster einzuschwören: Du sollst denken wie ein Aktionär! Rendite ist alles! Die Börse wird zur »kulturellen Metapher«. Zukunftserwartungen sollen sich an der Entwicklung der Börsenindizes orientieren. Die Börse wird zum Stimmungsbarometer der Wirtschaft und Gesellschaft. Von einer »Deutschland AG« war die Rede, wonach dem Staat die oberste Funktion zugedacht wird, Profit zu erwirtschaften und Dividenden auszuschütten. Der Finanzmarkt sei nicht nur als Mittel oder Instrument zu verstehen, sondern als eine »Werte setzende« Instanz: »Die gegenwärtige Struktur der globalen Finanzmärkte spiegelt den Wertekanon der westlichen Industriestaaten wider.«

Die zuletzt wiedergegebene Formulierung war keine kritische Meinungsäußerung. Sie entstammt einem Artikel des damals amtierenden Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Rolf-Ernst Breuer.

Sie war als Normativ für staatliches Handeln gedacht. Die Finanzmärkte hätten quasi als »fünfte Gewalt« neben den Medien eine »wichtige Wächterrolle« übernommen. »Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre dies vielleicht so schlecht nicht.«⁶ In Erinnerung ist auch die Mahnung des damaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer an die mächtigsten Staatsmänner, Manager und anderen Würdenträger dieser Welt zum Abschluß des Weltwirtschaftsforums in Davos 1996: »Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte!«

Man kann darüber streiten, ob es sich bei derartigen Erklärungen überhaupt noch um Ideologie, um Täuschung oder Selbsttäuschung, Manipulation oder Ähnliches handelt. (...)

Verbreitet sind die Argumente »Die Krise ist schlimm, aber normal«, »Rückschläge gehören dazu«. Wieder einmal habe der Kapitalismus »die ihm innewohnende Tendenz unter Beweis gestellt, zu überdrehen und sich dadurch selbst zu bedrohen. Darin liegt die Dialektik des Systems.« Im ökonomischen Kräftespiel sei angelegt, daß sich Wellen der Liberalisierung und der Regulierung, die Aufeinanderfolge von Marktliberalismus und Ordoliberalismus ablösen. Jetzt gelte es zu verhindern, daß das zerstörerische Element dieser Dynamik ihr schöpferisches überwiegt. Die Reaktion auf die Finanzkrise, die »Gegenbewegung«, dürfe freilich nicht von »Revanchismus« getragen sein. Auf der Agenda 2010 sei aufzubauen. Sie dürfe nicht etwa wieder »abgetragen« werden. Und die Lehre aus der großen Privatisierungswelle laute nicht, das Verkaufte zurückzuerlangen.⁸

Von den Opfern dieser »Dialektik«, erst der Hegemonie und dann der Krise, ist keine Rede.

In eine ähnliche Richtung weist die nachgerade zum Standardargument avancierende These, nicht der Kapitalismus habe versagt, sondern seine »Entfesselung«, der »Exzeß«, die »Zügellosigkeit«

bestimmter ihm innewohnender Tendenzen. Geiz und Gier seien schon immer die zentralen Werte der Wallstreet gewesen, »nun aber wurden sie weltweit auch zum Maßstab der Realwirtschaft«.9

Nicht unerwähnt in der Liste von Mustern ideologischer Krisenbewältigung darf das Stichwort »Legitimationskrise« bleiben, das Bemühen, mit der Anerkennung eines Legitimations-, Akzeptanz- oder Glaubwürdigkeitsproblems des Kapitalismus dessen systembedingte Krise zu verharmlosen.

Aus der Krise lernen

Nun schwingt gerade im Kontext der Kritik an Regierungen nicht selten eine Sorge mit: Sind diese Regierungen bzw. die anderen relevanten Akteure des Kapitals überhaupt lernfähig? Für Uwe Jean Heuser ist es die »entscheidende Frage«, ob dem periodischen Hin und Her zwischen Markt und Staat, zwischen Liberalismus und Reglementierung ein »Fortschritt der Erkenntnis und des politischen Handelns« abzuringen sei. Optimismus und Skepsis halten sich die Waage. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, erklärt, die bürgerliche Welt habe schon mehrfach bewiesen, daß sie aus paradigmatischen Krisen lernen könne.10 Die Autoren eines Spiegel-Beitrages hingegen meinen unter Hinweis auf den politischen Umgang mit der Weltwirtschaftskrise des vorigen Jahrhunderts, daß derartige Lehren im Laufe der Zeit durchaus wieder in Vergessenheit geraten könnten. Sie hielten in der Regel so lange, »bis das Profitstreben wieder die Vorsicht verdrängte«.11

An Marx' Charakterisierung der Irrationalität des Gesamtprozesses der kapitalistischen Zirkulation und der Grenzen einer ideellen und praktischen Beherrschung ihrer Gesetzmäßigkeiten hatten wir erinnert. Das Bewußtsein der Warenbesitzer erfaßt den unmittelbaren Akt des Kaufens und Verkaufens. Der aus diesem gegenseitigen Aufeinandereinwirken entstehende Gesamtzusammenhang bildet sich spontan-naturwüchsig, er wird von ihrem Bewußtsein nicht erfaßt.

Hier geht es jedoch um die politischen, ideologischen und ökonomischen Akteure des Herrschaftssystems insgesamt. In deren Diskurs geht es um das Aushandeln der zum Teil durch den Staat gesetzten Bedingungen und Formen der Profitrealisierung und des Finanzsystems. Getreu dem für den imperialistischen Liberalismus charakteristischen Verhältnis zum Staat, dem auch der heutige Neoliberalismus verpflichtet ist: Schluß mit der Einmischung des Staates in die Wirtschaft – es sei denn, sie dient der Garantie bestmöglicher Bedingungen für das Kapital! Dem Handeln dieser Akteure zu unterstellen, daß die Totalität jener Prozesse, die von ihnen in Gang gesetzt werden, schlechthin nicht in ihrem Bewußtsein liege, wäre eine Vereinfachung. Diese Klassen haben die historische Erfahrung einer Oktoberrevolution, der Existenz eines mit realer Macht ausgestatteten sozialistischen Weltsystems und mindestens einer das eigene System existentiell bedrohenden Krise hinter sich. An global operierenden Institutionen, die um die Akkumulation angemessener kollektiver Erfahrungen jenseits staatlicher Schranken und um koordinierte Aktionen im Interesse der Herrschenden bemüht sind, fehlt es nicht. Wissenschaftliche Einsichten in die tatsächlichen Zusammenhänge und Triebkräfte dieser Welt sind hinreichend vorhanden. Nicht nur von den Vertretern der antikapitalistischen Opposition wurde rechtzeitig vor allen verhängnisvollen Folgen des Projekts »Neoliberalismus« gewarnt.

Andererseits geht es nicht nur um Bewußtsein und Lernfähigkeit, sondern um Handlungsbedingungen und Macht. Was jetzt als Verhängnis über Wirtschaft und Gesellschaft hereinzubrechen scheint, war das Produkt absichtsvollen Handelns. **Der Neoliberalismus** ist keine auf die Bedingungen der Erzielung von Superprofiten zu reduzierende Doktrin. Er war und ist angelegt auf die Gestaltung der dafür erforderlichen politischen, also gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen; seine Genese war nicht zuletzt von historischen Einsichten befördert, **er war**

und ist bewußt geführter Klassenkampf.

Erhaltung der überholten Macht

Das – relative (!) – Scheitern des Neoliberalismus erklärt sich daraus, daß sein Systemkonzept ein Übergreifen der Triebkräfte, auf deren exzessive Entfaltung es angelegt war, auf die Rahmenbedingungen selbst nicht in Rechnung gestellt hat.(....)

Erst auf diesem Hintergrund wäre auch der eigenwillige Charakter der durch die Krise in Grenzen manifest gewordenen Beziehungen zwischen Regierung und Finanzwelt zu entschlüsseln. Zunächst wurden die Weisungen des Neoliberalismus von der Politik geflissentlich umgesetzt. Darauf folgte – angesichts der Pleite – das blanke Entsetzen über die Abgründe von Niedertracht bei »diesen Bankern«. Und jetzt? Die gleiche Kungelei wie zuvor! Die Kanzlerin trug sich wahrhaftig mit dem Gedanken, Hans Tietmeyer, unter dessen Verantwortung die Hypo Real Estate einige Milliarden Euro in den Sand gesetzt hatte, zum Chefberater in Sachen Krisenbewältigung zu machen. Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und die Seinen wirken maßgeblich mit, wenn über Fluchtwege beraten wird (von einer diesbezüglichen Einladung an Arbeiter oder Hartz-IV-Betroffene war nichts zu hören), und die bisherigen »Rettungspakete« zielen auf die gleiche – nur wahrscheinlich potenzierte – Umverteilung! Eine diesem System angemessene Kritik kommt nicht umhin, die schon beinahe vergessene These vom Staat als Sachwalter der Interessen und Ziele der herrschenden Klasse einer von tiefen Antagonismen geprägten Gesellschaftsordnung zu aktualisieren.

(....)

1 Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003, S. 55

2 Joachim Bischoff u.a. (Hg.), Das Ende des Neoliberalismus?, Hamburg 1998, S. 48

3 Jean Ziegler, a.a.O., S. 99

4 Die Zeit vom 15.7.1999, S. 3

5 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 111

6 Die Zeit vom 27.4.2000

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.10.2008

8 Die Zeit vom 1.10.2008, S. 25

9 Der Spiegel 40/2008, S. 27

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10.2008

11 Der Spiegel 42/2008, S. 38

12 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.1.2008

Erich Hahn war von 1971 bis 1990 Direktor des Instituts für marxistisch-leninistische Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin/DDR

aus: Junge Welt vom 25.07.2007 /

Erziehung der Öffentlichkeit

Vorabdruck. Der Neoliberalismus als Projekt der politischen Praxis

Von Ralf Ptak

<!--

```
var t7769 = "t";
```

```
function  
imgToggle7769(id) {
```

```
    var  
e=document.getElementById  
(id);
```

```
t7769=(t7769=="t"?"o":"t");
```

```
e.src="/serveImage.php?  
id=7769&type="+t7769;
```

```
}
```

```
--><!--
```

```
document.write('<a  
href="javascript:imgToggle7  
769(\'img7769\');">');  
-->
```



<!--

[document.write\(''\);](#)

-->

Neoliberales Verständnis:

Der Staat darf nicht in den
Markt eingreifen (Präsident
der Vereinigung der
bayerischen Wirtschaft,
Randolf Rodenstock, 2003

gegen

Kohlesubventionierung)

Foto: dpa

Der Neoliberalismus beschränkt sich nicht auf die Analyse der politischen und ökonomischen Bedingungen von Märkten, sondern geht über einen rein wissenschaftlichen Ansatz weit hinaus. Er ist nicht nur eine ideologisch geformte Lehre zur Verteidigung der von politischen Korrekturen befreiten Marktwirtschaft, sein Programm beinhaltet vielmehr auch die permanente Suche nach einer politischen und institutionellen Strategie und Taktik zur Durchsetzung der Marktgesellschaft. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu anderen marktoptimistischen Wirtschaftslehren, die sich wie die Neoklassik meist auf die Ebene abstrakter Wissenschaft beschränken und die praktischen Schlußfolgerungen der (Regierungs-)Politik überlassen. Im Neoliberalismus geht es von Beginn an um die Formierung einer »Bewegung« für die Realisierung seines Gesellschaftsprojekts, die jedoch nichts mit einer sozialen Bewegung herkömmlicher Art zu tun hat.

Allerdings sollte man die Wirkungen der neoliberalen Implementierungsstrategie – also die Methoden und Instrumente zur Umsetzung marktradikaler Politik – auch nicht überschätzen. Sie kann nur greifen und Erfolg haben, wenn die realen gesellschaftlichen Bedingungen dies zulassen oder gar befördern. Schließlich waren die Neoliberalen – mit Ausnahme der Nachkriegszeit in Westdeutschland – seit den Anfängen in den 30er Jahren bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein eine kaum wahrnehmbare intellektuelle Sekte. Gleichwohl ließen sich die Neoliberalen niemals von ihrer selbstgestellten historischen Mission abbringen, erschlossen stetig neue Finanzquellen von Unternehmen und wohlhabenden Privatleuten und bauten beharrlich ihre Institutionen und Netzwerke aus. In den 70er Jahren kam schließlich die Wende, und seit den 90er Jahren wurde der Neoliberalismus sukzessive zum dominierenden Referenzpunkt der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik im globalen Maßstab. Der US-amerikanische Historiker Perry Anderson bemerkt dazu: »Die Ausbreitung des Neoliberalismus in den vergangenen zwei Dekaden über alle Kontinente machte ihn zur vielleicht universalsten Ideologie in der Weltgeschichte.«¹

Vor diesem Hintergrund ergeben sich mehrere Fragen: Was sind die wichtigsten Instrumente neoliberaler Strategie und Taktik, unter welchen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wurde der neoliberale Durchbruch möglich, und auf welche Elemente stützt sich das Programm der permanenten Reform konkret?

Die neoliberale Implementierungsstrategie wurde Schritt für Schritt entwickelt und besteht aus vier Säulen: 1. einer übergeordneten Ideologie und Präsentation des Neoliberalismus als Projekt der Befreiung und der Moderne; 2. dem dauerhaften »Kampf um die Köpfe« durch permanente Propaganda für die Vorzüge einer freien Marktwirtschaft und gleichzeitige Diskreditierung der Kritiker; 3. der systematischen Politikbeeinflussung im Sinne des neoliberalen Projekts durch staatliche wie private Bildungs-, Beratungs- und Lobbyinstitutionen (Thinktanks); 4. der Absicherung und Dynamisierung marktwirtschaftlicher Reformen durch unterschiedliche Formen

institutioneller Verankerung.

Die Macht einer großen Idee

Es waren die frühen deutschen Neoliberalen, die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre mit der Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« als erste Fragen nach den politischen und institutionellen Voraussetzungen zur Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung in ihre Analyse einbezogen. Die Ordoliberalen, wie die deutsche Strömung des Neoliberalismus aufgrund ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung bezeichnet wird, verfolgten den Gedanken einer umfassenden ideologischen Formierung der Gesellschaft als strategischen Eckpfeiler, um der innerhalb der Bevölkerung verbreiteten Marktskepsis entgegenzuwirken. Es bedürfe einer übergeordneten Idee, eines positiven Leitbildes, um die gesellschaftlichen Kräfte für Wettbewerb und Markt zu gewinnen. Der »Zentrifugalkraft der Interessen« müsse, so der Wirtschaftsrechtler und in der Nachkriegszeit führende CDU-Wirtschaftspolitiker Franz Böhm in der ersten programmatischen Schrift des Ordoliberalismus, »die Einheit einer politisch-sittlichen Idee« entgegengesetzt werden, um die »in sich gesplante Gesellschaft zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenzuschweißen«.²

Diesen Gedanken griff Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger und einer der führenden Köpfe des internationalen Neoliberalismus im 20. Jahrhundert, 1949 in einem Aufsatz zur Diskursstrategie auf: »Was uns heute mangelt«, ermahnte er seine Mitstreiter, »ist eine liberale Utopie, ein Programm, das weder eine bloße Verteidigung des Bestehenden ist, noch einfach als ein verwässerter Sozialismus erscheint, ein liberaler Radikalismus, der weder die Empfindlichkeiten der bestehenden Interessengruppen schont, noch glaubt, so »praktisch« sein zu müssen, daß er sich auf Dinge beschränkt, die heute politisch möglich erscheinen.«³ Dabei ist wichtig, daß diese »Utopie« keine feste Größe darstellt, sondern von den spezifischen historischen wie gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen abhängig ist. So war in der Gründungsphase der Bundesrepublik die in ihrem Ursprung von den Ordoliberalen konzipierte »Soziale Marktwirtschaft« der ideelle Träger zur Durchsetzung neoliberaler Programmatik. Heute stellt sich der Neoliberalismus dagegen als moderner, zeitgemäßer Individualismus dar, der die Menschen von der verkrusteten Sozialstaatsbürokratie befreien will.

»Krieg um die Köpfe«

Die zweite Säule, eine Strategie der systematischen öffentlichen Beeinflussung, findet sich wiederum bereits in den frühen Texten der Ordoliberalen. Böhm setzte große Hoffnungen darauf, die Einhaltung der Marktdisziplin durch »die Methode der psychologischen Beeinflussung« und »der politischen Erziehung« der Bevölkerung zu erreichen.⁴ Walter Eucken, der führende Theoretiker der Ordoliberalen, hatte bereits 1932 von der Notwendigkeit »einer strengen theoretisch-ökonomischen Schulung« gesprochen.⁵ Davon erhoffte man sich gewissermaßen eine Verinnerlichung der marktwirtschaftlichen Grundsätze (mit dem Menschen als einsichtigem Wirtschaftssubjekt), die staatliche Zwangsmaßnahmen möglichst überflüssig machen sollte. Die frühe Freiburger Schule, das wissenschaftliche Zentrum der Ordoliberalen, forderte deshalb von der Regierung die öffentliche Verankerung einer »sozial- und wirtschaftspolitische(n) Ehrenpflicht« als moralisch-ethisches Korsett einer Wettbewerbswirtschaft. Auch diesen Gedanken entwickelte Hayek weiter, wenngleich er die Markterziehung weniger dem Staat als privaten Akteuren (vor allem Stiftungen und Thinktanks) überlassen wollte. Für ihn war klar, »daß wir keine echte Wettbewerbswirtschaft haben werden, solange die öffentliche Meinung nicht die Wohltätigkeit der Konkurrenz unter allen Umständen anerkennt. (...) Die langfristige Aufgabe der Erziehung der öffentlichen Meinung durch Aufklärung, um möglich zu machen, was heute unmöglich ist, bleibt so im Grunde die entscheidende Aufgabe, von deren Erfolg oder Mißerfolg die künftige Entwicklung

abhängt.«6

Dabei setzt Hayek weniger auf allgemeine Massenpropaganda und Basisarbeit, die sich mit dem großbürgerlichen Habitus der Neoliberalen und ihrer Abneigung gegenüber den »Massen« kaum verträgt. Sein Konzept ist vielmehr ein elitärer Diskurs von oben, der auf die ideologische Eroberung und Vereinnahmung der Intellektuellen zielt. Hayek unterscheidet zu diesem Zweck die »original thinkers«, originelle Denker in Gestalt der neoliberalen Elite, die das Programm und die daraus abzuleitenden Stichworte entwerfen, sowie »the second hand dealers of ideas«, also »die ›Zwischenhändler von Ideen‹; eine Gruppe, die von entscheidender Bedeutung ist, weil sie bestimmt, was die Massen denken«.7 Gemeint sind damit Lehrer, Journalisten, Fernseh- und Radiomoderatoren, Geistliche, Schriftsteller, Künstler und Schauspieler, die in der Strategiebildung die Aufgabe zugewiesen bekommen, die neoliberalen Botschaften unter das Volk zu bringen. Das geschieht in der Regel nicht in transparenter Form, die auf Zweck und Ziel hinweist, sondern in Gestalt scheinbar objektiver Informationsvermittlung. Die »Secondhand-Dealer« sind Objekte der neoliberalen Strategie zur öffentlichen Meinungsbeeinflussung.

In der Bundesrepublik entstand 1953 mit der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) ein erstes Projekt dieser Art, das unter der Führung von Alexander Rüstow zur ersten neoliberalen Bildungseinrichtung im Hayekschen Sinne wurde. Bis heute leistet die ASM durch Tagungen und Veröffentlichungen neoliberale Adressatenarbeit, die seit den 90er Jahren auch auf die Entwicklung der Marktwirtschaften in Osteuropa ausgerichtet ist. Fast parallel zur ASM gründeten westdeutsche Großunternehmen allerdings einen Verein, der unter der Bezeichnung »Die WAAGE« das damals neue Instrument der Public Relations für zielgruppenorientierte marktwirtschaftliche Massenpropaganda einsetzte. Der Verein realisierte zwischen 1952 und 1965 verschiedenste aufwendige Werbekampagnen zur gesellschaftlichen Verankerung der sozialen Marktwirtschaft im Sinne ordoliberaler Grundsätze und zur Unterstützung des wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung Adenauer/Erhard. Dafür investierten die Unternehmen durchschnittlich über eine Millionen DM pro Jahr. Aus jüngster Zeit kennen wir die Aktivitäten der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), die von den deutschen Metall- und Elektroarbeitgebern mit einem jährlichen Budget von zehn Millionen Euro ausgestattet ist. Sie betreibt sowohl professionelle PR-Kampagnen in der Tradition des Waage-Vereins wie auch die gezielte Ansprache gesellschaftlicher Multiplikatoren, besonders von Lehrern, die mit kostenlosem, vordergründig plural gestaltetem Unterrichtsmaterial zur zeitgemäßen Markterziehung versorgt werden.

Beeinflussung der Politik

<!--

```
var t7770 = "t";
```

```
function  
imgToggle7770(id) {
```

```
    var  
    e=document.getElementById  
(id);
```

```
t7770=(t7770=="t"?"o":"t");
```



```
e.src="/serveImage.php?
id=7770&type="+t7770;

}
--><!--

document.write('<a
href="javascript:imgToggle7
770(\'img7770\');">');
-->■
<!--
```

```
document.write('</a>');
-->
```

Aus neoliberaler Sicht ganz
schlecht: Kumpel
demonstrieren im Februar
2007 vor dem nordrhein-
westfälischen Landtag in
Düsseldorf für weitere
Subventionierung des
Steinkohlebergbaus
Foto: AP

Die dritte Säule der neoliberalen Implementierungsstrategie betrifft das Feld der Politikberatung und Lobbyarbeit gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungsträgern. Für die Ordoliberalen lag hierin ein Schlüssel zur erfolgreichen Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung. Sie traten für eine »Generalstabsarbeit (...) von hoher wissenschaftlicher Qualität« bei den entscheidenden Regierungsstellen ein.⁸ Nach 1945 richtete Ludwig Erhard mit der Abteilung für Grundsatzfragen im Bundeswirtschaftsministerium (BMW_i) erstmals eine entsprechende Institution ein, als deren Leiter ab 1952 Alfred Müller-Armack eingesetzt wurde. Die Abteilung stand in der Folge personell wie inhaltlich über Jahrzehnte in der Tradition des ordnungspolitischen Ansatzes des deutschen Neoliberalismus. Eng damit verknüpft entstand der Wissenschaftliche Beirat beim BMW_i, der gerade in der richtungsweisenden Anfangszeit mehrheitlich mit ordoliberalen Vertretern besetzt war.⁹

Zur langfristigen Stärkung der neoliberalen Position in den Wirtschaftswissenschaften unterstützte das BMW_i seit den frühen 50er Jahren gezielt den Aufbau verschiedener Forschungseinrichtungen, die fast alle bis heute fester Bestandteil des neoliberalen Netzwerkes in Deutschland sind. Dazu gehörten das 1950 von Müller-Armack gegründete Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, das im selben Jahr von Erich Welter begründete Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, die 1954 von K. Paul Hensel ins Leben gerufene Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, die ihren Sitz seit 1957 in Marburg hat, und nicht zuletzt die seit 1951 von Erhard mit Nachdruck betriebene und 1954 vollzogene Gründung des Walter Eucken Instituts in Freiburg. Sie versorgten das Ministerium nicht nur mit einem »kontinuierlichen Strom von Gutachten, Stellungnahmen, Forschungsberichten und Programmschriften«, ¹⁰ sondern bildeten darüber hinaus ein Reservoir für die Rekrutierung von

Spitzenbeamten im BMWi und den angegliederten Behörden. Unter der Leitung von Herbert Giersch rückten im Laufe der Zeit das Institut für Weltwirtschaft in Kiel sowie das heute von Thomas Straubhaar geleitete Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut in den Kreis neoliberal dominierter wirtschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen auf.

Seit der konservativ-liberalen Wende unter Helmut Kohl spielt ein privater Thinktank eine Schlüsselrolle in der offensiven neoliberalen Politikbeeinflussung: Die Stiftung Marktwirtschaft/Frankfurter Institut mit Sitz in Berlin und ihr wissenschaftlicher Beirat, der Kronberger Kreis, die in Deutschland ein einflußreiches marktradikales Elitenetzwerk bilden. Dieser Ansatz folgt der Konzeption angloamerikanischer Thinktanks, die seit den 50er Jahren vor allen Dingen in den USA und Großbritannien mit massivem Kapital finanzstarker Privatunternehmer aufgebaut wurden. Ihr Auftrag: »Den Krieg der Ideen gewinnen« (Susan - George). Deutsche Neoliberale wie Gerard Radnitzky fordern seit vielen Jahren den Ausbau deutscher und europäischer Thinktanks nach angloamerikanischem Vorbild, denn sie seien »nachahmenswert für alle, die an einer freien Marktwirtschaft interessiert sind«. Thinktanks haben laut Radnitzky »eine Art Katalysatorfunktion«, indem sie der Aufgabe nachgehen, »das öffentliche Denken zu prägen und damit auch die wirtschaftspolitische Entwicklung zu beeinflussen«.11 Und tatsächlich konnten neoliberale Thinktanks in den USA und Großbritannien maßgeblich zum Erfolg der Regierungen Ronald Reagans und Margaret Thatchers beigetragen. Die internationale Vernetzung der neoliberalen Hegemonialbestrebungen erfolgt über die Mont Pèlerin Society, die 1947 auf Initiative von Hayek ins Leben gerufen wurde. Sie ist heute ein über die ganze Welt verteiltes Elitenetzwerk, das mittlerweile über 1000 neoliberale Protagonisten und eine Vielzahl von Thinktanks miteinander vernetzt.12

Die Macht der Institutionen

Die Ordoliberalen haben in ihren ersten Entwürfen einer neoliberalen Wettbewerbsordnung die Idee einer eigenständigen Wirtschaftsverfassung aufgeworfen. Sie waren damit Pioniere für die Vorstellung einer institutionellen Absicherung der Marktwirtschaft, die als vierte Säule der neoliberalen Implementierungsstrategie betrachtet werden kann. Der Grundgedanke ist einfach, geht es doch darum, Institutionen zu schaffen, welche die Regierung und politischen Akteure, aber letztlich die ganze Gesellschaft, auf die Spielregeln der Marktwirtschaft festlegen sollen. Dieser indirekte Weg der Marktdynamisierung hat weitreichende gesellschaftspolitische Folgen, da er nichts anderes bedeutet als die Aushebelung der politischen Einflußnahme auf das Wirtschaftsgeschehen. Was über die Mehrheitsverhältnisse in der Demokratie nicht erreicht werden kann (z. B. die grundlegende Abkehr vom Wohlfahrtsstaat), soll über die strukturelle Macht der Institutionen befördert werden.

Aus Deutschland kennen wir die von den Ordoliberalen geprägte Institution einer unabhängigen Bundesbank, deren Status darauf abzielt, die geld- und fiskalpolitischen Spielräume der Regierung zu beschränken. Diese Unabhängigkeit von den politischen Entscheidungsträgern wurde zum Vorbild für die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB), noch ergänzt durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eine expansive Wirtschaftspolitik zur Förderung von Vollbeschäftigung und Massenwohlfahrt durch enge Verschuldungsgrenzen praktisch unmöglich macht. Verstößt ein Land gegen diese Auflagen, muß es mit drastischen finanziellen Sanktionen rechnen – ein Mechanismus, der für das Verfehlen der wenigen sozial- und beschäftigungspolitischen EU-Ziele nicht gilt. Die deutsche Diskussion über einen nationalen Stabilitätspakt und die Einführung einer verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze, wie er von einigen CDU-Ministerpräsidenten im Rahmen der »Förderalismus-II-Reform« vertreten wird, weist in die gleiche Richtung.

Insbesondere der US-amerikanische Nobelpreisträger James M. Buchanan und die Public-Choice-Schule haben sich mit Fragen einer »konstitutionellen Revolution« beschäftigt. Was vordergründig der Eindämmung des Leviathans dienen soll, bedeutet in der Praxis, Institutionen oder institutionelle Vorkehrungen zu schaffen, die marktkonformes Handeln befördern und die Möglichkeiten von Marktkorrekturen zumindest beschneiden oder gar unmöglich machen. Dies gilt etwa für die Idee Buchanans, einzelne Gesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen auf ihre Marktkonformität hin zu prüfen oder die Begrenzung der Staatsquote in die Verfassung aufzunehmen. Perfide daran ist, daß es sich um eine abstrakte, indirekte Form der politischen Steuerung handelt, deren Intention für die breite Öffentlichkeit nur schwer zu erfassen ist.

Neoliberalismus als Prozeß

Allzu oft wurde in den vergangenen Jahren bereits das Ende des Neoliberalismus ausgerufen. Nicht nur die globale Ungleichzeitigkeit der Verhältnisse, sondern auch die sehr unterschiedliche politische Performance des Neoliberalismus macht eine Beurteilung der Lage schwierig. Die Erfahrung lehrt, daß die politischen Träger des neoliberalen Projekts gleichermaßen Neokonservative, Liberale oder ehemalige Sozialdemokraten sein können. Für die Analyse des neoliberalen Projekts ist es deshalb wichtig, seine Dynamik zu verstehen, denn der Neoliberalismus zielt nicht auf einen Zustand, sondern einen Prozeß der permanenten Marktentfesselung. Damit gibt es keinen spezifischen Endpunkt des Neoliberalismus, zumal eine reine Marktgesellschaft niemals funktionsfähig wäre. Entscheidend ist, ob es international gelingt, den neoliberalen Geschichts determinismus zu durchbrechen und die sich selbst verstärkende Dynamik von Wettbewerb und Konkurrenz zu stoppen. Es gilt heute, was Karl Polanyi vor 60 Jahren schrieb: »Zusammen mit der Freiheit von der Versklavung durch den Markt gewinnt der Mensch eine wichtigere Freiheit. Seine Phantasie ist wieder frei – zuversichtlich, daß er die Fülle der Freiheit, die er zu planen, zu organisieren und sicherzustellen bereit ist, besitzen kann – sich seine Gesellschaft zu erschaffen und zu gestalten.«¹³

1 Perry Anderson, Das Zeitalter des Eric Hobsbawm, in: Sozialistische Hefte 5/2003, S. 46

2 Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart, Berlin 1937, S. 21

3 Friedrich August von Hayek, Die Intellektuellen und der Sozialismus (Erstveröffentlichung 1949), in: Schweizer Monatshefte, Sondernummer 5a/1992, S. 53

4 Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 117

5 Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, Heft 2/1932, S. 320

6 Friedrich August von Hayek, Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: ORDO, Bd. 5/1954, S. 17

7 Friedrich August von Hayek., Die Wiederentdeckung der Freiheit – Persönliche Erinnerungen, in: VDMA (Hg.), Produktivität, Eigenverantwortung, Beschäftigung. Für eine wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie, Köln 1983, S. 19

8 Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft, a.a.O., S. 183

9 Vgl. Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, S. 248 ff.

10 Karl-Heinz Roth, Klienten des Leviathan: Die Mont Pèlerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den fünfziger Jahren, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2/2001, S. 31

11 Gerard Radnitzky, Einleitende Bemerkungen – ein Plädoyer für marktwirtschaftlich orientierte Thinktanks, in: ders./Hardy Bouillon (Hg.), Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Berlin, Heidelberg 1991, S. XIX

12 Vgl. Bernhard Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg 2004

13 Karl Polanyi, Über den Glauben an den ökonomischen Determinismus, in: ders., Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920–1947), Marburg 2005, S. 334

Ralf Ptak lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln. Der Text ist ein leicht überarbeiteter Auszug aus: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Verlag für Sozialwissenschaften, 298 S., 12,90 €, ISBN 978-3-531-15185-4

aus: Junge Welt vom 16.08.2008 /

Klassenkampf von oben

Die Regierung Thatcher in Großbritannien begann weltweit als erste mit der Umsetzung neoliberaler Marktstrukturen. Die »New Labour«-Nachfolger Blair und Brown verschärften das Umbautempo

Von Werner Rügemer

Als Margaret Thatcher, Großbritanniens »Eiserne Lady«, 1979 Premierministerin wurde, lagen zwar die Pläne für die Privatisierung aller staatlichen Unternehmen und für die Entmachtung der Gewerkschaften bereit, aber die Regierungschefin und Vorsitzende der Konservativen, der Tories war vorsichtig. Sie wußte, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht, noch nicht mitgehen würde. So hinderte sie ihre Minister, etwa die Bahn zu verkaufen. Ihrem Freund und Mentor Milton Friedman, Führungsfigur der neoliberalen »Chicago Boys«, schrieb sie, sie wolle ja gern alles privatisieren, aber sie müsse Rücksicht auf die Wähler nehmen.

Sie baute zunächst die eigene Machtbasis aus. Den lokalen und regionalen politischen Gremien wurden Kompetenzen und Finanzen entzogen, denn dort dominierte die Labour-Partei. Es wurde

eine Gewerkschafts-»Reform« vorbereitet, dafür wurden Berater aus den USA angeheuert. Der Londoner Stadtrat Greater London Council wurde kurzerhand abgeschafft, das Rathaus an einen japanischen Investor verkauft. Der Londoner Oberbürgermeister hat seitdem nur noch eingeschränkten Einfluß.

Der Durchbruch wurde aber erst durch ein militärisches Abenteuer möglich. Der anachronistische und teure Krieg gegen Argentinien 1982 um die vor dessen Küste liegenden Falkland-Inseln schweißte die Nation zusammen. Großbritannien schien aus wirtschaftlichem Niedergang zu ursprünglicher nationaler Größe emporzuwachsen. Thatcher wurde hier zur »Eisernen Lady«.

Ähnlich wie ihr amerikanischer Freund US-Präsident Ronald Reagan (1981–1989) erst nach der Zerschlagung der Fluglotsengewerkschaft sein volles neoliberales Programm durchziehen konnte, schlug auch die Regierung Thatcher jetzt zu. 1983 begannen die großen Privatisierungen: British Telecom, British Airways, die Automobilunternehmen Jaguar und Rolls Royce, British Airports, British Steel, Wasser, Elektrizität. Der Verkauf mußte schnell gehen und geschah zu Schleuderpreisen. Erhöhung der Managergehälter und Entlassung von Beschäftigten gehörten zum Standard. Die Regierung senkte Gewinn- und Unternehmenssteuern, lockte Global Player wie die Siemens AG mit Steuernachlässen ins Land, erhöhte die Mehrwertsteuer.

Die Finanzakteure erhielten alle Freiheiten. Das Bankensystem wurde dereguliert. Damit wurde das Londoner Bankenzentrum »City of London« attraktiv für ausländische Finanzakteure, die in der Europäischen Union, vor allem aber in den USA stärkeren Regulierungen unterlagen (siehe jW-Thema vom 3.7.2008). Spitzensteuersätze bei den Einkommen wurden gesenkt, die Zahl der Reichen nahm zu, sie bekamen weitere Privilegien; so gab es für den Besuch von Privatschulen Steuervorteile. Gleichzeitig sollte die Basis für Gewerkschaften und Labour-Wahlstimmen untergraben werden. Thatcher förderte die »Flucht aus der Arbeiterklasse« durch staatliche Stipendien, damit Arbeiterkinder studieren konnten. Sie forcierte den Verkauf staatlicher Eigenheime: Arbeiter bekamen günstige Kredite und Steuervorteile. Sie sollten Hauseigentümer, Vermieter und Unternehmer werden. Dafür brach die neoliberale Fundamentalistin ohne Wimperzucken mit ihrem Glaubensbekenntnis, der Staat müsse verschlankt werden. »Ich glaube an den starken Staat, um die Macht des Sozialismus zu brechen« – das war ihr eigentliches Programm.

Niedrigste Lohnkosten der EU

Dazu gehörte die Zerstörung der Gewerkschaften. Vor allem in den privatisierten Unternehmen wurden die Löhne gnadenlos gesenkt. Unrentable Kohlegruben wurden geschlossen. 1984 streikten die Bergarbeiter. Auf die Machtprobe hatte sich die Regierung jahrelang vorbereitet: umfangreiche Kohlevorräte wurden angelegt, zudem die Umstellung auf Gas gefördert. Die Regierung erhöhte die Löhne für das Eisenbahnpersonal, damit es die Kohlezüge fahren ließ und sich nicht mit dem Streik solidarisierte. Auch das Leitungspersonal der Gruben bekam Gehaltserhöhungen. Der Geheimdienst hörte die Telefonate der Gewerkschaftsführer ab.

Nach einem Jahr war nicht nur der Streik zusammengebrochen, sondern auch der radikalere Teil der Gewerkschaft demoralisiert. Thatcher verglich den Sieg über die Gewerkschaften mit ihrem Sieg im Falkland-Krieg. Löhne wurden auf breiter Front gesenkt; schon Anfang der 90er Jahre wies Großbritannien die niedrigsten Lohnkosten in der Europäischen Union auf.

Der Staat wurde nicht verschlankt, sondern zentralisiert und selbst privatisiert. Think-Tanks, Beraterfirmen wie McKinsey oder PricewaterhouseCoopers und die City of London hatten einen direkteren Draht zur Regierung als die gewählten Volksvertreter. Die Regierung berief auf

Vorschlag ihrer Berater überall im Land Zehntausende Mitglieder in »Quangos« (Quasi Non Governmental Organisation = Gremien, denen die Regierung Exekutivgewalt überträgt): City Action Team, Urban Development Group, Financial Investment Initiative – die Phantasie kannte keine Grenzen. Besonders beliebt war es, für jede neue Aufgabe eine »Task force« einzusetzen.

1989 jubelte Thatcher über den Zusammenbruch des »Kommunismus«, sie sah den endgültigen Sieg der neoliberalen Weltrevolution unmittelbar bevorstehen. Mit einem Schlag wollte sie den angesehenen Sender BBC zerlegen, wollte die Zentralregierung in Gerichtsurteile eingreifen lassen. Schließlich mußte die »Poll Tax« – eine Kopfsteuer nach antikem Vorbild sollte die Grundsteuer ersetzen und die Immobilieneigentümer entlasten – wegen Massenprotesten zurückgenommen werden – da war die »Eiserne Lady« nicht mehr tragbar. Das war 1990.

Nachfolger John Major, ein Exekutor am kurzen Zügel seines McKinsey-Beraters Norman Blackwell, saß wie in einem Thatcher-Autopiloten. Er verkaufte die Bahn, die Post und die letzten Kohlegruben. Er kürzte die Lehrergehälter, setzte aber die Polizeigehälter herauf. Er begann mit der Privatisierung der Krankenhäuser, der Sicherheitsdienste und der Gefängnisse. Er führte Studiengebühren ein und vergab Forschungsgelder an Universitäten nach Rankings, die private Berater erstellt hatten. Auch die Schulen wurden einem Skalierungsverfahren unterworfen. Nach vier Regierungsperioden war das Ansehen der Tories in der Bevölkerung auf einem Tiefstand.

Der Erlöser und »New Labour«

Die Labour-Partei leistete keine wirkliche Opposition. Sie behielt zwar verkniffen ihre sozialistische Rhetorik bei, die Führungen schielten aber nach den neuen Rezepten, die von den Tories und ihren Beratern vertreten wurden, und hofften auf den nächsten Wahlerfolg.

Da schien Tony Blair der Erlöser zu sein. Er hatte ein linkes Image aus seiner Zeit, als er im Committee for Nuclear Disarmament (Komitee für nukleare Abrüstung) gegen US-Raketen aufgetreten war. Er warf die substanzlose Sozialismusrhetorik über Bord und erklärte die Labour-Partei zur »New Labour«. Dieses »Neue« verkaufte er als entideologisierten »dritten Weg«: »Ich bin weder Sozialist noch konservativ, weder rechts noch links.« Er suchte sich Versatzstücke aus christlichem Sozialismus und aus dem US-Kommunitarismus: »Die Bürger schulden der Gesellschaft etwas und nicht umgekehrt!« Er kritisierte – sicher zu recht – die Bürgerferne von Labour: Nicht die Partei solle an die Macht, sondern »Volk an die Macht« hieß seine basisdemokratische Forderung. Er liebte Schlagworte wie »Wechsel«, »Erneuerung«, »Revolution«, »Neu«, »Besser«. Er kündigte an, die Parteigrenzen und den Parteienstreit überhaupt zu überspringen. In biblischem Pathos beschwor er erlöserhaft »meinen Bund mit dem britischen Volk«, von New Labour verlangte er »Schenkt mir euer Vertrauen!« und gab nebulöse Garantien: »Ich gebe euch mein Wort.«

Man muß sich den politischen Analphabetismus klarmachen, für den ein solches Geschwätz verheißungsvoll klingt. Es wirkte auch deshalb, weil Blair im Wahlkampf 1997 plötzlich mit fundamentaler Kritik an der Politik von Thatcher/Major auftrumpfte. Er kritisierte die privaten Rentenversicherungen und die Privatisierung der Bahn und des Wassers. Privatisierung »korrumpiert den öffentlichen Dienst«, rief er aus. Er wolle keine Unterwerfung unter Investoren, sondern Partnerschaft. Er traf das »Gefühl« der Bevölkerungsmehrheit, New Labour gewann 1997 die Wahlen.

Der dauergrinsende Demagoge machte sofort nach dem Regierungsantritt aus dem »Dritten« den

»Ersten Weg«. Das hätte schon vorher klar sein können. Blair und seine Führungsmannschaft mit Gordon Brown und Peter Mandelson, ehemalige Linksradikale, hatten sich wie Thatcher von McKinsey & Friends beraten lassen. Auch die Finanzierung des Wahlkampfs hatten sie auf Privatunternehmen umgestellt.

Die Blair-Regierung reparierte einige der Schäden, die durch die Vorgänger verursacht worden waren, so bei Bahn und Wasser. Aber sie zog die Investoren nicht zur Verantwortung, sondern bürdete die Kosten dem Staat auf. Für Schulen, Gefängnisse, Krankenhäuser, Nahverkehr, Sporteinrichtungen u.ä. entwickelten die Berater aus der City of London eine neue Privatisierungsmethode: Public Private Partnership (PPP). Dabei wird zwar nichts direkt verkauft, sondern Staat und Kommunen gehen mit Investoren 30jährige Verträge ein. Weil die Investoren enorm begünstigt werden, kommt das den Staat letztlich mindestens doppelt so teuer, sieht aber erstmal günstiger aus, weil die überschuldete öffentliche Hand keine Kredite aufnehmen muß (siehe jW-Thema vom 19.4.2006 und 6.5.2008). Angeleitet wird PPP durch das Privatunternehmen Partnerships United Kingdom. Mehr als 700 Projekte bestehen bisher auf der Insel.

So wird etwa das staatliche Gesundheitswesen durch PPP umgekrempelt. Der Berater war Simon Stevens, Europachef des US-Konzerns United Health. Die Kommunen und regionalen Verwaltungseinheiten schlossen bzw. schließen mit Unternehmen wie Siemens, Rentokil, Jarvis und Tarmac PPP-Verträge. Die Mieten sind wesentlich höher als die Investitionen. Deshalb müssen zur Finanzierung Betten abgebaut und Abteilungen geschlossen werden, häufig sind dies die Notaufnahme und die Entbindungsstation. Krankenhäuser werden zu »Stiftungen« umgewandelt, selbständigen Unternehmen, die sich nicht an Tarifverträge halten müssen und den Gemeinden nicht rechenschaftspflichtig sind. Ihnen werden zudem Beratungen durch PricewaterhouseCoopers, KPMG und McKinsey für Marketing, Patientenverträge und Buchhaltung aufgenötigt. Internationale Medizinkonzerne wie Capio (Schweden), United Health (USA), Netcare (Südafrika) und Fastfood-Ketten (für die Patientenverpflegung) haben nun das Gesundheitswesen in der Hand.

Insbesondere im Sitz des Ministerpräsidenten und im Finanzministerium gehen die privaten Berater ein und aus; der einzige Unterschied ist bzw. war, daß Blair McKinsey und Arthur Andersen bevorzugte, Brown dagegen die Banken United Bank of Switzerland (UBS), Warburg und Rothschild. Die Ausgaben der Labour-Regierungen für Berater zwischen 1997 und 2006 betragen 105 Milliarden Euro. Allein etwa für das größte und schon nach drei Jahren gescheiterte PPP-Projekt, die Londoner U-Bahn, betragen die Beratungshonorare für PricewaterhouseCoopers, Ernst & Young etc. etwa 730 Millionen Euro (siehe jW-Thema vom 2.8.2007).

Das Personal am Sitz des Ministerpräsidenten (vergleichbar dem deutschen Kanzleramt) in Downing Street 10 wurde verdreifacht, vor allem die Medienabteilung wurde ausgebaut. Die Treffen mit den Beratern sind vorzugsweise informell, Protokolle werden nicht erstellt. Wenn dann etwas beschlossen wurde, fragte Blair nicht erst die Ministerrunde oder das Parlament, sondern wandte sich direkt über die Medien an die Bevölkerung.

Verschärfung der Herrschaft

Dieser Stil, von Thatcher begonnen, wurde unter Blair weiter ausgebaut. Heute ist die Exekutive in der Hand von Tausenden »Quangos«. Für jedes Krankenhaus, jedes Gefängnis, jede Stadtentwicklung, aber auch für jedes Sachproblem wie Humangenetik werden »Fachleute« berufen. Diese neue, nicht gewählte PPP- und Privatbürokratie, die sich wiederum mit weiteren Beratern umgibt, ist noch undurchschaubarer als die gewiß sehr zu kritisierende Staatsbürokratie zuvor.

Je mehr die Regierung den Finanzakteuren in den strahlenden Hinterzimmern der City of London rechtliche Grauzonen eröffnete, desto mehr setzte sie in der öffentlich sichtbaren Welt auf »zero tolerance«. Die Straßen sollen sauber und ständig durch Polizei und Videokameras überwacht sein. Gegen jede kleinste neue Kriminalitätsform wurde mit großem medialem Aufwand ein eigenes Gesetz beschlossen: gegen Handyklau, gegen Kreditkartenbetrug, gegen Fußballhooligans, gegen Kindesmißbrauch im Internet, gegen Verherrlichung des Terrorismus, sogar gegen unsoziales Verhalten. Die Sicherheitsfanatiker stellten 2000 neue Beamte in das zentrale Counter Terrorist Command ein. Teenager können wie im Mittelalter ins Gefängnis gesperrt, Moscheen und Buchläden bei angeblicher Gefahr geschlossen werden, Ausweisungen wurden extrem erleichtert.

Die Beziehungen von Partei und Regierung zu Investoren hat auch eine direkt korruptive Dimension. Blairs wichtigster Spendensammler, Michael Abraham Levy, Musikunternehmer und Großbritanniens einflußreichster Israel-Lobbyist, wurde nach der Wahl 1997 nicht nur mit dem Titel des Baron of Mill Hill belohnt, sondern auch mit der Mitgliedschaft im House of Lords, und er wurde zum Sonderbeauftragten für Israel und den Nahen Osten ernannt. Weitere Spender wurden auf Vorschlag Blairs ebenfalls geadelt.

Das größte Rüstungsunternehmen, BAE Systems, zahlt seit Thatcher jährlich 150 Millionen Euro Schmiergeld an den saudischen Prinzen Bandar, Mitglied des saudischen Sicherheitsrates. Dafür kauft Saudi-Arabien jedes erdenkliche und selbst unnötige Kriegsgerät (Kampffjet »Tornado«, »Eurofighter Typhoon« u.a.). Auch nach der Privatisierung von BAE führte die Blair-Regierung die Schmiergeldzahlungen fort. Blair unterdrückte die Ermittlungen der Justiz, und zwar mit Hilfe von Generalstaatsanwalt Lord Goldsmith, den Blair der Queen ebenfalls zur Adellung vorgeschlagen hatte. Das höchste Gericht stellte 2008 fest, daß Blair dabei nationales und internationales Recht gebrochen hat. Der saubere Lord ist inzwischen mit einem Jahresgehalt von 1,5 Millionen Euro in die City of London zur US-Wirtschaftskanzlei Debevoise & Plimpton abgewandert. »Seine Erfahrung und Reputation sind wichtig für uns«, erklärte der Chef des Beratungsunternehmens.

Den Spitznamen »Bliar« (Lügner, von »to lie – lügen«) hätte der Demagoge aus vielen Gründen verdient. Zum Beispiel auch deswegen, weil er gegen die EU polemisierte und ein Referendum versprach, es dann aber fallen ließ. Er bekam den Titel »Bliar« jedoch »nur« wegen seiner Lügen zur Begründung des Irak-Krieges.

Blair-Nachfolger Brown, seit 2007 im Amt, kämpft mit Verzweiflungstaten gegen den Scherbenhaufen an. In den Schulen soll ein neuer patriotischer Eid geschworen werden, ausgerechnet Lord Goldsmith hat ihn entworfen. Im Wettlauf mit den Torys wertet er »die Familie« auf. Mit dem Antiterrorgesetz von 2008 wird der Gewahrsam ohne richterliche Vorführung von 28 auf 42 Tage erhöht, wie es schon einmal unter der englischen Besatzung Nordirlands galt. Mit dem Welfare Reform Act von 2007 soll gegen betrügerische Abzocker von Arbeitslosenhilfe vorgegangen werden; sie werden, je länger sie arbeitslos sind, zu längerer Zwangsarbeit – etwa Müll aufsammeln – verdonnert.

Widerstandsstrukturen zerstört

Die Bilanz aus knapp drei Jahrzehnten neoliberaler Praxis ist verheerend – nicht für die einheimischen und internationalen Investoren, Banken und Berater, aber für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere für die Teile, die es begrifflich und öffentlich nicht mehr gibt, die »Arbeiterklasse« und diejenigen, die das einmal waren. Dabei ist der politische Unterschied, wie in Deutschland auch, eher umgekehrt zu dem, was man traditionell erwarten würde: Erst unter einer

als sozialistisch (England) bzw. sozialdemokratisch (Deutschland) bzw. demokratisch (USA) firmierenden Partei wurden die heftigsten Einschnitte bei Sozialleistungen, Löhnen und beim Rechtsstaat vorgenommen, wurden – mit neuer moralischer Begründung – Präventions- und Eroberungskriege geführt.

Die Staatsverschuldung wurde auf eine bisher unbekannte Höhe getrieben – es ist die höchste unter den EU-Staaten. Dabei spielen die Schattenhaushalte und verdeckten PPP-Verpflichtungen bis ins vierte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine besondere Rolle. Aber auch Millionen privater Haushalte sind ver- und überschuldet. Großbritannien ist hier Weltspitze. Der kreditfinanzierte Konsum erweist sich bei fallenden Werten der hypothekebelasteten Eigenheime und bei sinkenden Löhnen, Renten und Arbeitslosengeldern nun als Würgeinstrument.

Der zentralisierte Staatsapparat, globale Beratungsunternehmen, anonyme »Quangos«, demagogische Massenmedien bestimmen das allgemeine Leben. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind durch Lohnsenkungen und Outsourcing entnervt. In keinem anderen Staat sind so viele Überwachungskameras installiert. Die Strukturen des demokratischen Widerstands und der zivilen Selbstorganisation sind weitgehend zerstört. Die Wahlbeteiligung insbesondere in den Kommunen ist teilweise auf 30 Prozent abgesunken. Die Regierung Blair hatte 2006 die niedrigste Zustimmung, die in der britischen Parlamentsgeschichte seit 1832 registriert wurde.

Großbritannien hat inzwischen die geringste Arbeitsregulation aller wichtigen Industriestaaten. Nirgendwo ist die Arbeitskraft so billig, so moralisch, rechtlich und finanziell so niedergedrückt. Hinsichtlich der Kluft zwischen arm und reich konkurriert Großbritannien im Vergleich der »entwickelten Staaten des Westens« mit den USA und Israel um die Spitzenstellung. Jugendliche Selbstmorde häufen sich ebenso wie Messerstechereien und öffentlich zelebrierte Besäufnisse.

Von Thatcher bis Brown haben die Regierungen die Sozialcharta der EU abgelehnt und den unsozial-militärischen Charakter der EU wesentlich mitbestimmt. Die relative Distanz zur EU ergibt ein um so höheres Erpressungspotential. Die EU wie auch – besonders gelehrig – die CDU/CSU-SPD-Regierung der Bundesrepublik Deutschland macht sich das PPP-Modell zum Vorbild, als wären die katastrophalen Ergebnisse in Großbritannien nicht vorhanden.

Werner Rügemer erhält am 22. August den erstmals vergebenen »Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik« der Neuen Rheinischen Zeitung. Rügemers neueste Publikation ist »Heuschrecken im öffentlichen Raum« aus dem Bielefelder transcript Verlag, 172 S., 16,80 Eur

Weiter schröpfen

Vorabdruck. Die öffentliche Verschuldung wird durch Private-Public-Partnership-Projekte weiter verschärft. Die enormen Kosten für die »Heuschrecken«-Profite muß die zunehmend verarmende und kontrollierte Bevölkerung tragen

Von Werner Rügemer

<!--

```
var t12611 = "t";
```

```
function  
imgToggle12611(id) {
```

```
var  
e=document.getElementById  
(id);
```

```
t12611=(t12611=="t"?"o":"t"  
);
```

```
e.src="/serveImage.php?  
id=12611&type="+t12611;
```

```
}
```

```
--><!--
```

```
document.write('<a  
href="javascript:imgToggle1  
2611(\'img12611\');">');  
-->
```

<!--

document.write('');

-->

Sobald in einer Region
öffentlich-privat finanzierte
Schulen entstehen, haben

andere
Bildungseinrichtungen die
finanziellen Lasten
mitzutragen (Gauß-Schule in
Frankfurt/Oder im Juli 2007)
Foto: dpa

Werner Rügemer gibt mit seinem neuen Buch »Heuschrecken« im öffentlichen Raum« einen Überblick über den Einzug einer seit wenigen Jahren etablierten Praxis der Profitmaximierung durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Unser Autor erinnert an die Ursprünge von Privat-Public-Partnership (PPP) im England von »New Labour« mit Anthony Blair an der Spitze. In weiteren Kapiteln werden Einzug und Praxis dieses Enteignungsfeldzuges des Kapitals in Deutschland dargestellt. Am Ende seines Buches legt Rügemer einige Probleme offen, die durch PPP entstanden sind und mit denen linke Politik umzugehen hat. jW veröffentlicht diese Schlußfolgerungen leicht gekürzt.

Private-Public-Partnership wird mit dem Argument angepriesen, nun könne der hochverschuldete Staat wieder investieren, denn hier werde privates Kapital »mobilisiert«. Das Gegenteil ist der Fall: In Wirklichkeit stellt PPP eine neue Form der Kapitalschöpfung für die Privaten dar. Das Kapital wird nicht für den Staat, sondern für die Global Player mobilisiert. Und die Bilanz am Ende der Vertragslaufzeiten ist, so kann heute schon gefolgert werden, vernichtend: Mit PPP gibt der Staat wesentlich mehr aus, als er nach traditioneller Weise tun würde. So stellt PPP eine neue, weit in die Zukunft verlängerte, zusätzliche Staatsverschuldung dar.

Selbst wenn man sich auf die eingeschränkte fiskalische Perspektive eines einzelnen städtischen oder staatlichen Haushalts einläßt, also alle Kollateralschäden wie gesamtstaatlichen Steuerverlust, Abbau von Arbeitsplätzen, Einsatz von Niedriglöhnern und Billigfirmen, Verringerung der Lohnsumme, Minderung der Bau- und Betriebsqualität u. ä. ausklammert, selbst dann kann man nicht von einer »spürbaren Entlastung« der öffentlichen Haushalte durch PPP sprechen.

Selbst bei einem angenommenen, aber letztlich unwahrscheinlichen »Effizienzvorteil« von fünf bis zehn Prozent (bei PPP-Projekten – d.Red.) könnten mit den verfügbaren Finanzmitteln sowieso nur fünf bis zehn Prozent mehr Bauten, Sanierungen und Dienstleistungen realisiert werden. Der zur Begründung herangezogene große Investitionsstau kann also logischerweise durch PPP gar nicht aufgelöst werden. Es könnten mit dem vorhandenen Geld bestenfalls fünf bis zehn Prozent mehr als mit der »traditionellen« Verfahrensweise investiert werden.

In Frankfurt a. M. etwa sind durch die geschilderten Projekte (Bildungszentrum Ostend und vier neue Schulen) mindestens 450 Millionen Euro auf 20 Jahre gebunden, das sind wesentliche Teile des Schulhaushalts. Bestenfalls kann noch ein weiteres Projekt hinzukommen, bevor die Finanzmittel für die restlichen über 100 Schulen so eingeschränkt werden müssen, daß diese vollständig vergammeln. PPP muß deshalb auf wenige Pilotprojekte beschränkt bleiben. Diese »Leuchttürme« sollen weit in Stadt und Land und in die Welt hinausstrahlen und die Mehrheit der anderen Schulen im gnädigen Dunkel belassen. PPP ist nicht verallgemeinerungsfähig.

Aber nichts ist so dumm und desaströs, daß es in diesem Milieu nicht praktiziert würde. Es gibt nämlich doch eine Möglichkeit der Verallgemeinerung: Wie gezeigt, werden im Landkreis Offenbach alle 90 Schulen durch PPP saniert und bewirtschaftet. Dies zehrt allerdings den gesamten Haushalt des Landkreises aus. Personal auch außerhalb des Schulbereichs wird in großer Zahl abgebaut, Dienstleistungen werden gestrichen. Der Landkreis wird zur Geisel seines

»Leuchtturms«. Durch gesteigerten Patriotismus und abstrakte Disziplinforderungen versucht der Landrat, die PPP-Volksgemeinschaft um das strahlende »Goldene Riesenkalb« zusammenzuhalten.

Flucht in die neue Verschuldung

Die Präsidenten der Landesrechnungshöfe haben nach detaillierter Prüfung ausgewählter Projekte festgestellt, daß die versprochenen Vorteile für den Staat nicht realisiert werden. Sie stellen zudem fest: »Bei PPP-Projekten treten andere laufende Ausgaben an die Stelle von Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher oder ähnlicher Weise. (...) PPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebensowenig alternativ (d.h. mit Hilfe von PPP – W.R.) finanziert leisten.«¹ Doch diese Analyse, so gemäßigt sie ist, wird von der Lobby weggewischt. Auseinandersetzung damit gibt es nicht. Totschweigen heißt die Methode. Dabei wissen es auch die Befürworter genau, eigentlich, wenn sie unter sich sind: »Die Verpflichtung zur Zahlung eines laufenden Entgelts in einem ÖPP-Projekt ist einer Kreditaufnahme gleichzustellen.«² Deshalb stellt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fest, daß man gerade mit dem verschuldeten Staat keine PPP-Verträge machen dürfte, eigentlich. Denn privates Kapital müsse immer aus öffentlichen Haushalten oder aus Nutzerentgelten refinanziert werden. Da aber knappe öffentliche Mittel gerade die Ursache für PPP sind, stehen sie zur Refinanzierung nicht zur Verfügung.

Aber um an Aufträge zu kommen, macht man trotzdem PPP. Denn mit Hilfe des frühzeitigen Forderungsverkaufs und neuer Finanzprodukte (Infrastrukturfonds) brauchen die privaten Investoren nicht abzuwarten, ob der Staat die jahrzehntelange Mietzahlung durchhält. Sie kommen ja schon am Anfang zu ihrem Geld. Wie und ob der erpreßte bzw. korrupte bzw. haftende bzw. überschuldete bzw. mitorganisierende Staat in Zukunft die Entgelte aufbringen kann, das muß sie nicht kümmern. Sie wissen: Der Staat wird zahlen, und wenn er dafür die steuer- und gebührenzählenden Bürger, vor allem die abhängig beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger noch stärker schröpfen oder zu noch niedrigerer Entlohnung zwingen muß als bisher. Das ist die zynische Erfüllung der im PPP-Leitfaden des Bundes geforderten »Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit«.

PPP mit den dazugehörigen Finanzpraktiken einschließlich der Gewinngarantie ist Teil eines Gesamtverhaltens. Die Bundesregierung, die Europäische Kommission, das politische Establishment, Banken, Investoren und Berater fördern – entgegen ihren öffentlichen Forderungen nach »Haushaltsdisziplin« – nicht die Entschuldung des Staates, sondern das Gegenteil. Sie fördern in vielfältigen praktischen Formen und durch Gesetze diejenigen Finanzakteure, die die weitere Überschuldung und finanzielle Fesselung des Staates betreiben oder bewirken und dafür auch noch staatliche Rückversicherung erhalten.

So haben sich auch Banken im Staatseigentum wie die Sächsische Landesbank (SachsenLB) und die IndustrieKredit-Bank (IKB) durch hochspekulativen Handel mit faulen US-Hypothekenkrediten in die Insolvenz geritten. Sie gehen aber nicht in Insolvenz, werden gar nicht den behaupteten »Gesetzen des Marktes« unterworfen, sondern werden schnell und »unbürokratisch« auf Staatskosten saniert. Auch die großen internationalen Banken wie die Deutsche Bank und die Citigroup werden in den USA, in der Europäischen Union und in Deutschland durch die staatlichen Zentralbanken mit Hilfe von Überbrückungskrediten saniert.

Die SachsenLB ist die einzige ostdeutsche Landesbank, gegründet und protegiert durch den langjährigen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, seinen Nachfolger und deren dubiose Gefolgschaft. Biedenkopf, der Privatisierungsfundamentalist, galt und gilt als wirtschaftlich

besonders kompetent. Sein Anliegen war das Wohlergehen von Groß- und Finanzinvestoren, denen die sächsischen Landesregierungen Steuervorteile und demokratische Verfahren zu Füßen legten und legen. Der größte Anteilseigner der IKB ist die bundesstaatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Anteilseigner ist ebenfalls die Bank Oppenheim, die seit Jahrzehnten, über Parteigrenzen hinweg, regierungsnah operiert, korruptive Praktiken eingeschlossen, und einer der großen Privatisierungsakteure in der Bundesrepublik ist. Nach den Worten der KfW-Vorstandssprecherin war und ist die IKB für die Staatsbank »das Ohr am Markt«.³ Der Wert der IKB ist erheblich gesunken, aber die Bundesregierung prüft keine Schadenersatzansprüche gegen Vorstand, Aufsichtsrat, Eigentümer und Wirtschaftsprüfer der IKB.

PPP ist ein neuer finanzieller Rettungsanker für politische und ökonomische Akteure, die im Sinne von Volkswirtschaft und Gemeinschaft keine Verantwortung übernehmen und eigentlich abgewirtschaftet haben. Sie haben die bisherige Überschuldung organisiert. Ohne dies als ihren eigenen Fehler einzugestehen, spielen sie sich jetzt als Retter der von ihnen selbst angerichteten Misere auf. Während sie mit Hilfe des Abbaus von Grundrechten und Sozialstandards und mit Hilfe von Privatisierungen die traditionelle Staatsverschuldung verringern, verschärfen sie sie gleichzeitig mit Hilfe von neuen Formen der verdeckten, indirekten Verschuldung. PPP ist für sie die bequemste Lösung: Unter dem Anschein »innovativer« Lösungen machen sie im Prinzip so weiter wie bisher.

Die Akteure bekämpfen öffentlich mit großem Pomp die traditionell herbeigeführte Staatsverschuldung. Die Regierung präsentiert, so lobt die herrschende Meinungsmafia, »in Rekordgeschwindigkeit gesundete Staatsfinanzen«.⁴ Aber diese »Gesundung« macht Menschen krank und ohnmächtig. Der Staat schöpft Milliardenbeträge aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ab, die nicht für Arbeitslose verwandt werden. Der Staat verkauft öffentliches Vermögen, Wohnungen, Stadtwerke, Bahnen, die Preise für die Nutzer steigen. Diese »Gesundung« verarmt die Gemeinschaft.

Diese »Gesundung« schließlich verarmt diejenigen direkt und persönlich, für die der Staat angeblich da ist. Erhöhung der Mehrwertsteuer, neue staatliche Gebühren, Studien- und Kindergartengebühren, Abschaffung der Lernmittelfreiheit, »Eigenbeteiligungen« bei Renten und medizinischen Diensten, Praxisgebühren, Zusatzversicherungen, Verringerung der Sozialtransfers und so weiter und so fort: Der Staatshaushalt und die Sozialsysteme »gesundet«, aber Millionen Menschen werden schrittweise zu Skeletten abgemagert, sie stagnieren, erkranken, hungern, verwaisten, sterben früh.

Verachtung der Demokratie

<!--

```
var t12612 = "t";
```

```
function  
imgToggle12612(id) {
```

```
    var  
e=document.getElementById  
(id);
```

```
t12612=(t12612=="t"?o":t");
```

```
e.src="/serveImage.php?id=12612&type="+t12612;
}
```

```
document.write('<a href="javascript:imgToggle12612(\'img12612\');">');
-->
```

<!--

document.write('');

-->

Privatisierung bedeutet auch Entdemokratisierung: Der Bürger soll nur noch ein konsumierendes Individuum sein

Foto: AP

Die PPP-Investoren verbergen sich hinter anonymen, verwinkelten Rechtskonstruktionen. Die Geldflüsse und internen Effizienzgewinne sollen geheim bleiben. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates und der Kommunen werden an unbekannte Finanzakteure weiterverkauft. Der Staat geht langfristige Verpflichtungen ein, die nicht nur den Bürgern, sondern auch den Parlamenten verheimlicht werden.

Die in Kenntnislosigkeit gehaltenen Bürger und Volksvertreter sollen »den Investor« als allmächtigen Problemlöser, als Heiligengestalt des Zeitalters und einer besseren Zukunft verehren, anstarren und ihm die Demokratie, den Rechts- und Sozialstaat zu Füßen legen. Die Vertragsfreiheit als wesentliches Merkmal der Privatautonomie kommt bei PPP zuschanden. Die politischen Beschlußgremien besiegeln Verträge, die sie nicht kennen und nicht kennen dürfen.

Die Mängel an den PPP-Billigbauten soll der Bürger, der Schüler, der Lehrer, der Patient ertragen, oder er kann sich im Dschungel der Projektgesellschaften und Subunternehmen zum angeblich »Verantwortlichen« durchschlagen, um zu erfahren, daß der gerade nicht da ist und das persönliche Aufsuchen von »Verantwortlichen« ohnehin ungehörig ist.

Jede Detailinformation an Außenstehende über ein unter PPP-Regie stehendes Gebäude untersteht dem ängstlichen Hinweis auf den Investor und auf die Schweigepflicht. PPP zerstört den öffentlichen, demokratischen, republikanischen Raum, indem das private Hausrecht an die Stelle des öffentlichen Rechts tritt. Das vom Privatunternehmen und seinen Anwälten und

Wirtschaftsprüfern definierte Betriebsgeheimnis steht über der Demokratie. PPP ist gleichbedeutend mit Verachtung der Demokratie. Nicht nur die Bürger, sondern auch die Abgeordneten, Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte werden zu Claqueuren degradiert. Die politischen Beschlußgremien, die Rechnungshöfe und die Kommunalaufsicht werden zur Akklamationsstaffage. Gewählte Volksvertreter werden als Unmündige behandelt, die die PPP-Verträge ohnehin nicht verstehen können. Sie werden als unsichere Kantonisten behandelt, denen man die wichtigen Betriebsgeheimnisse nicht anvertrauen darf.

Während die uniformen Massen der Privatbürger mit stundenlanger Tätigkeit am Personalcomputer gefüttert werden und ihre eifrige Einsamkeit am hilflosen Ende des digitalen Netzwerks als neue Selbständigkeit gestalten sollen, werden gleichzeitig von den privaten Unternehmen, auch über eGovernment, alle erreichbaren Daten der Nutzer heimlich gesammelt, ausgewertet, neu verknüpft, weiterverkauft.

Die auf Wissenschafts- und Expertenebene wie in der Bertelsmann-Stiftung ausgearbeiteten Konzepte transformieren den Staatsbürger und den Arbeitenden zum Kunden, der von autokratischen Eliten gelenkt wird. Es wird ein Menschentyp anvisiert, den Bertelsmann als Konzern mit seinen Massenunterhaltungsformaten (RTL, RTL 2, RTL 3, RTL 4, RTL 5, Super RTL, Vox usw.) anspricht, bedient, unterhält, ablenkt mit Softporno, albernen Börsenberichten, Skandalgeschichten, Autorennen, Live-Zerfleisungen von publizitätssüchtigen Nobodys: Gefördert wird das außengeleitete, desinformierte, gesellschaftlich ohnmächtige Individuum, dem seine Motivation entgleitet, das in Konkurrenz mit seinen ebenfalls benachteiligten Mitindividuen nach dem jeweils nächsterreichbaren finanziellen Anreiz schnappt und sich zugleich als fröhlicher Teil der großen Unterhaltungsgemeinschaft fühlt.

Nicht nur Bertelsmann will die Gesellschaft und die politischen Prozeduren nach dem Modell eines durchtechnisierten, autoritären Konzerns umgestalten. Eine Macht- und Informationselite trifft die Entscheidungen, die Mehrheitsbürger sollen als tariffreie und zugleich leistungsorientierte Arbeitsbienen arbeiten. In ihrer arbeitsfreien Zeit sollen sie nicht als Bürger, sondern als Kunden agieren; dabei zeichnen sich die Kunden allerdings nicht dadurch aus, daß sie gut bedient werden, sondern daß sie selbst dienen und die Verwaltungsarbeit, die bisher staatliche und kommunale Behörden erledigten, soweit wie möglich selbst übernehmen.

Privatisierung fördert, steigert, schützt gerade nicht die private Aktivität und die Privatheit der Bürger, sondern hebt sie tendenziell auf. Das einklagbare Recht auf Schutz der Privatsphäre der Staatsbürger ist eine Errungenschaft von Demokraten aus dem Kampf gegen Fürsten- und Obrigkeitwillkür. Dieses Recht kommt nun nicht mehr den Individuen als Staatsbürgern zu, sondern den juristischen Personen, insbesondere den großen Investoren und Finanzakteuren. Das Ende der Privatsphäre gilt für sie gerade nicht.

Wenige geschützte Groß-Privateigentümer bestimmen, durchdringen und zerstören die Privatheit der Individuen, die über kein oder geringes Privateigentum verfügen. Privatisierung fördert, schützt die Privatheit der Großinvestoren und zerstört die staatsbürgerliche Privatheit, also eine Quelle der Freiheit und der Zivilität. Wer kein nennenswertes Eigentum besitzt und dessen Macht einsetzen kann, hat keine Privatheit mehr oder nur noch eine hilflose, pervertierte.

Auch Recht und Justiz passen sich dem an. Das neue Medienrecht bzw. die Medienrechtspraxis machen es möglich, daß Unternehmen »Persönlichkeitsrechte« für sich einklagen und deren Verletzung mit hohen Strafen ahnden lassen können. Zu diesen Rechten gehört nach Grundgesetz das Recht des einzelnen auf Achtung und Entfaltung seiner Persönlichkeit gegenüber dem Staat und

im privaten Rechtsverkehr. Im Besonderen gehören dazu das Recht auf den eigenen Namen, am eigenen Bild, auf die eigene Urheberschaft und auf die personenbezogenen Daten.

Nun aber fordern Konzerne, Banken und Finanzakteure diese Persönlichkeitsrechte für sich, und dies gerade in der Situation, in der sie sich selbst immer mehr anonymisieren und die bisherigen Publizitätspflichten nach Aktien-, GmbH- und Handelsrecht unterlaufen. Diese Entwicklung begann übrigens in den USA, wo Unternehmen durchsetzten, als Individuen mit dem Recht auf freie Rede anerkannt zu werden, um wie Bürger Geld an Parteien spenden zu können. So reklamiert z. B. die Bank Sal. Oppenheim, einer der einflußreichen Privatisierungsakteure in Deutschland, »Persönlichkeitsrechte« für sich und verfolgt Autor, Verlag und Vorwortverfasser des Buches »Der Bankier« mit zahlreichen juristischen Verfahren.⁵ (...)

Zurück zum Staat?

Das neomodische PPP stößt inzwischen teilweise auf Widerstand. Wo etwa durch die Gewerkschaft ver.di oder durch eine Ortsgruppe von attac eine öffentliche Diskussion organisiert werden kann, kommen die Argumente der Befürworter schnell ins Wanken.

Die Wirtschaftlichkeitsvergleiche und Machbarkeitsstudien der Profis von PSPC (der Berliner Beratungsfirma Private Sector Participation Consult, d. Red.) und anderen werden allmählich genauer unter die Lupe genommen und als Gefälligkeitsarbeiten enttarnt. So lehnte etwa der Landschaftsverband Rheinland (LVR) ein PPP-Projekt ab, weil die Berater anlaufende Verbesserungen in der LVR-Verwaltung nicht beachtet haben, sondern von ihrem Standard-Negativ-Bild »der öffentlichen Hand« ausgegangen waren. Ähnliches ergibt sich, wenn Personalräte, zum Teil aufgrund von gerichtlich erstrittenen Einsichtsrechten, sich mit Hilfe der Gewerkschaft ver.di in die Einzelheiten des PPP-Projekts vertiefen und einen Meinungsumschwung bei den Stadträten bewirken können.

Die wachsende Skepsis in der Bevölkerung wird von den Privatisierungs- und PPP-Akteuren aufmerksam beobachtet und nervös registriert. Die Bürger wollen ihren Staat wiederhaben; sie seien der neuen Unsicherheiten müde und wollten wieder »Sicherheit«, so stellen die Ideologen fest. Die neue Sehnsucht nach dem Staat krieche durch die Leserbriefspalten und Umfragen, polemisiert der neoliberale Staatskritiker. »Wir wollen keine Coca-Cola-Schule, schreien Lehrer und Lokalpolitiker.«⁶ So wird die ersehnte »Rückkehr zum Staat« als neue Kuscheligkeit und populistischer Sirenengesang politischer Weicheier diffamiert. (...)

Überall da, wo die neoliberalen Konzepte umgesetzt wurden – und zu ihnen gehören Privatisierung und PPP –, überall da sind die Armut- und Reichtumsrelationen zurückgekehrt, wie sie etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten – vor Einführung der Demokratie. Mit Privatisierung und PPP eignen sich die Finanzakteure zu Schleuderpreisen und Erpressungsbedingungen den öffentlichen Reichtum an, der im Laufe eines Jahrhunderts aufgebaut wurde.

Richtig ist: Privatisierung im allgemeinen und PPP im besonderen kommen nicht über Nacht. Die Entdemokratisierung und Überschuldung des Staates, seine heimliche und offene, seine berechnete und seine demagogische Diskreditierung haben einen langen Vorlauf und viele Gründe. Deshalb besteht die Alternative keineswegs darin, zu dem Staat zurückzukehren, der die Misere verschuldet hat und schon wieder eine falsche Lösung propagiert.

Die »Rückkehr zum Staat« ist ohnehin nicht die Lösung. Der primitive Gedankenhaushalt der Privatisierungsfundamentalisten zeigt sich auch in der klischeehaften Entgegensetzung »Staat oder

privat«. Das Problem ist nicht so einfach, jedenfalls nicht so primitiv. Den bisherigen Staat wollen wir nicht zurück.

Es ist nicht nur die Frage nach »dem Staat«, die wiederkehrt. Es ist vor allem die Frage, welchen Staat wir brauchen. Wer darf, wer soll, wer muß mit am gedeckten Tisch sitzen, an dem die Reichtümer der Gesellschaft verteilt werden? Sind es die wenigen Privateigentümer, oder sind es alle Staatsbürger? Welcher Gegner der Menschenrechte muß an den Katzentisch (oder auch ins Gefängnis) verwiesen werden? So ist es die Frage nach dem Eigentum, die wiederkehrt, die Frage nach seiner gemeinschaftlichen, demokratischen Gestaltung und Verwaltung.

1 Bayerischer Oberster Rechnungshof: PPP-Projekte: Rechnungshöfe warnen vor langfristigen Risiken. Pressemitteilung der Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe, 5.2.2006

2 Ernst & Young: Privatisierungen und ÖPP als Ausweg?, Frankfurt/Main 2007, S. 29; ÖPP steht für »Öffentlich-private Partnerschaft« (d. Red.)

3 IKB-Zweckgesellschaft Rhinebridge wird abgewickelt, Handelsblatt v. 20.10.2007

4 Geld im Überfluß, Der Spiegel 44/2007, 29.10.2007

5 Hans See: Privatzensur. Vorwort zu Werner Rügemer: Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim, 3. geschwärzte Auflage, Frankfurt a.M. 2006, S. 7 ff.

6 Financial Times Deutschland 6.9.2007: Das Comeback des Jahres

Erscheint in diesen Tagen: Werner Rügemer, »Heuschrecken« im öffentlichen Raum, Bielefeld, transcript Verlag, 172 S., 16,80 Euro

Liste Neo-Liberale Think Tanks in Deutschland:

- Mont Pelerin Society.

- Institut Neue Soziale Marktwirtschaft,

- Agentur Scholz and Friends

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtschellschaftlichen Entwicklung (SVR) schon 1963 gegründet

- Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln,

- Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Uni Mainz,
- Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme in Marburg,
- Walter Eucken – Institut in Freiburg,
- Institut für Weltwirtschaft in Kiel,
- Hamburgerische WeltWirtschaftsInstitut
- Stiftung Marktwirtschaft,
- der Kronenberger kreis,
- Bertelsmann Stiftung

Personen der Deutschen Think Tanks

Herr [Professor Sinn](#) vom **Ifo-Institut in München**. Ein ausgemachter Marktradikaler, der innerhalb der INSM zur ersten Garde der “Botschafter” gehört.

Herr [Raffelhüschen](#), Professor und Doktor, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter ebenso auf der Lohnliste der INSM steht. Sein Institut mit dem in der Semantik deutscher Sprachwissenschaften als positiv-besetzt geltenden Begriffe “**Generationenvertrag**” und “**Forschungszentrum**“, läßt er sich in diesem harmonischen Akkord sein Institut von der Versicherungswirtschaft sponsern.

Tasso Enzweiler ist offenbar zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr Geschäftsführer der Initiative. An seine Stelle trat den vakanten Posten jemand an, der sich **Max Höfer** nennt. Der wiederum betreibt ein Institut, das gleichfalls von diversen Pharmakonzernen und deren lobbyistische Vasallentruppe finanziell bedient wird: Diesmal geht es um “Gesundheitsökonomie”. Sein Institut beschäftigt sich gerade mit dem Thema “**Pflegeversicherung** und wie man die Leute dazu bringt, den ganzen Mist - am besten durch private Absicherung - selbst zu finanzieren”

Die Meinung's-Schmiede von Deutschland

Die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*, 1953 von führenden Neo- bzw. Ordoliberalen gegründet, unterstützt mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Ideale der sozialen Marktwirtschaft nach der Definition seiner Gründerväter. Die **ASM** verbindet oftmals ein christliches Menschenbild mit sozialem Anspruch, der nicht darüber hinwegtäuschen sollten, dass dies über eine neoliberale Wirtschaftsordnung geschehen soll. Vorsitzender ist der emeritierte Tübinger Professor für Volkswirtschaft *Joachim Starbatty*. In den letzten Jahren konzentriert sich die **ASM** einerseits auf den Transformationsprozess der osteuropäischen Wirtschaft sowie andererseits auf die "wirtschaftliche Ausbildung der jungen Generation in Deutschland". Ebenso wie der Konvent für Deutschland erhält die ASM finanzielle Unterstützung durch die *Heinz Nixdorf Stiftung*.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, auch *Memorandum-Gruppe* genannt, setzt sich zusammen aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern. Ziel ist es, Gegenmodelle zum zeitgeistigen wirtschafts wissenschaftlichen Mainstream aufzuzeigen, der als kapitalorientiert und privat wirtschaftliche Interessen einseitig stützend angesehen wird. In ihrer Nähe zu den Gewerkschaften sieht sich die Memorandum Gruppe als Gegenbewegung zu einer Politik des Sozialabbaus.

Die Arbeitsweise soll dabei sowohl der Öffentlichkeit als auch dem Diskurs innerhalb der Wirtschaftswissenschaft dienen und gilt den Gewerkschaften als wissenschaftliche Unterstützung. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik bringt jährlich ein "**Gegengutachten**" zur "Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" durch die fünf Wirtschaftsweisen heraus. Die Finanzierung erfolgt laut Eigenaussage aus Spenden und Verkäufen von Publikationen. Sie ist eine der wenigen Institutionen, die sich für die Erhaltung des Ludwig Erhard'schen Modells der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt.

Unter dem Slogan "**Deutschland ist besser als jetzt**" wurde 2003 der *Bürgerkonvent* gegründet, um die Verdrossenheit bezüglich des angeblichen "Reformstaus" zu bündeln. Der Bürgerkonvent bezeichnet sich als offen für alle, die mithelfen wollen, marktwirtschaftliche Reformen umzusetzen. Sprecher ist **Prof. Dr. Meinhard Miegel**, Leiter des *Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft* in Bonn, sowie Berater des u.a. von der Deutschen Bank finanzierten Deutschen Instituts für Altersvorsorge. Über die letztendliche Finanzierung des Bürgerkonvent und besonders der Medienkampagne zum Start herrscht bis heute Unklarheit.

Die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft e.V.* wurde im Mai 1998 in Lahr (bei Freiburg/Baden) von deutschsprachigen Wissenschaftlern, Unternehmern und Publizisten gegründet. Ziel ist die Förderung von Ideen im Sinne Hayeks. Sie veranstaltet Tagungen und Symposien und verleiht eine "Hayek-Medaille" für exemplarische Beiträge zur Idee einer "**Verfassung der Freiheit**".

Die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* ist eine vom Arbeitgeberverband

Gesamtmetall mit jährlich 8,8 Mio Euro geförderte Reforminitiative, die sich mit Anzeigen, Medienkooperationen, Studien, Aktionen und Veranstaltungen einsetzt. Die INSM hat einen Kreis von Kuratoren und Botschaftern geworben, die für sie in der Öffentlichkeit auftreten. Dazu gehören u.a. [Oswald Metzger](#), **Lothar Späth**, **Paul Kirchhof** und **Michael Hüther** (Institut der Deutschen Wirtschaft). Die INSM kooperiert eng mit dem *Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW)*. Vorwürfe betreffen vor allem die Vermischung von Journalismus und PR und die intransparente Arbeitsweise. Berühmtheit erlangte die INSM 2002, als bekannt wurde, dass sie in der TV-Serie Marienhof Dialoge gekauft hatte, um neoliberale Botschaften unterzubringen.

Die INSM unterstützte den *Hamburger Appell von 250 Professoren*, der von den Hamburger **Professoren Michael Funke, Bernd Lucke** und **Thomas Straubhaar** initiiert wurde. Er sieht in den Arbeitskosten den Schlüssel für mehr Wachstum, lehnt jede nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ab und fordert eine strikte Sparpolitik. An der Anzeigenstrecke beteiligten sich unter anderem **Ulrich Blum, Michael Hüther, Bernd Raffelhüschen** und **Joachim Starbatty**.

Das *Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG)* wurde 1977 von **Kurt Biedenkopf** und **Meinhard Miegel**, u.a. Sprecher des *Bürgerkonvents*, gegründet. Laut Eigenaussage übernimmt das IWG Auftragsforschung für das Bundesministerium für Forschung und Bildung, den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie oder die **Bertelsmann Stiftung**. Die Aufarbeitung wissenschaftlicher Themen für die Praxis geschieht nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Außerdem dient es bei Vorträgen und Seminaren als Diskussionsforum. Beiratsmitglieder sind u.a. **Christian v. Weizsäcker, Elisabeth Noelle** (Institut für Demoskopie, Allensbach), **Hans D. Barbier** (auch INSM-Botschafter), der Autor **Peter Gillies** und **Wolfgang Franz** (ZEW).

Das *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)* ist ein privates Wirtschaftsforschungs-institut. Mitglieder sind Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie Unternehmen aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungssektor. Nach dem Verständnis eines Dienstleister bereitet das IW wissenschaftliche Themen für die Wirtschaft auf. Es besteht eine enge Kooperation mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), für die das IW die Studien erstellt.

Der *Konvent für Deutschland* setzt sich für die “**Reform der Reformfähigkeit**” Deutschlands ein. Vor allem soll der Umbau Deutschlands zu einem *Wettbewerbs-föderalismus* vorangebracht werden. Dazu sagte **Roland Berger**, dass Reformen wie von **Thatcher** sonst in Deutschland nicht durchsetzbar wären. Er wurde von **Hans-Olaf Henkel, Roland Berger** und **Manfred Pöhl** (Historiker, Deutsche Bank) gegründet. Vorsitzender des sogenannten Konventkreises ist **Roman Herzog**. Auch sonst finden sich in den Reihen des Konvents für Deutschland namhafte Figuren aus Politik und Wirtschaft wie **Otto Graf Lambsdorf, Klaus von Dohnanyi** oder [Wolfgang Clement](#).

Die *Stiftung Marktwirtschaft* wurde Anfang 1982 als dezidiert *markoliberaler Denkfabrik* gegründet. Die Finanzierung läuft vor allem über die Unterstützung anderer Stiftungen, Spenden der Wirtschaft und privaten Spenden. Vorsitzender des Stiftungsrates ist **Theo Siebert**, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender des weltgrößten Handelskonzerns **Metro AG**. Es bestehen personelle Verbindungen sowohl zur **INSM** ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)) als auch zur **CDU**, die

den Ruf der *Stiftung Marktwirtschaft* als **Vordenker eines schwarz-gelben Projekts** erklärt. Beispielhaft zu nennen wären der Kuratoriumsvorsitzende **Schweickart**, der auch Vizepräsident des **CDU -Wirtschaftsrates** ist oder **Michael Eilfort**, früherer Büroleiter bei **Friedrich Merz** und inzwischen Vorstand der *Stiftung Marktwirtschaft*. Der zweite Vorstand ist **Bernd Raffelhüschen**.

1954 in Freiburg gegründet, steht das **Walter Eucken Institut** in der Tradition der ordoliberalen Freiburger Schule. Das **WEI** sieht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung und verbindet heute Ansätze von [Eucken](#), von **Hayek** und **James Buchanan** (Public Choice). Aus Ludwig Erhards Beteiligung an der Gründung stammt die teilweise Finanzierung durch das Bundeswirtschaftsministeriums. Weitere Gelder stammen vom Land Baden Württemberg, der [Deutschen Bank](#) und privaten Spendern.

Wirtschaftsforschungsinstitut Halle. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (**IWH**), 1992 zur wissenschaftlichen Analyse der Transformation von der Zentral- zur Marktwirtschaft gegründet, bezieht den überwiegenden Teil seiner Finanzierung aus Mitteln des Bundes sowie des Landes [Sachsen-Anhalt](#). 2003 stammten gut 360.000 Euro aus Drittmitteln. Ziel soll die Neugestaltung der Beziehung Staat-Bürger-Unternehmen sein, sowie die Regulierung von Wettbewerb. Das Institut stellt einen der sechs Wirtschaftsweisen. Im wissenschaftlichen Beirat sitzen **Heinz Peter Galler**, **Michael C.**

Burda, **Juergen B. Donges**, **Karl-Heinz Paqué** (beide INSM-Botschafter), **Jan Oosterhaven** und **Horst M. Schellhaaß**. **Ulrich Blum** ist seit 2004 Präsident des **IWH** und war im Bundestagswahlkampf 2005 ein starker Unterstützer **Paul Kirchhofs**.

weitere Namen die man sich merken sollte :

- 7.) **Dr. Silvana Koch-Mehrin**, Mitglied des Europa-Parlaments und des FDP-Bundesvorstands, Vorsitzende der Auslandsgruppe Europa der FDP, Brüssel
- 8.) **Florian Gerster**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, auch noch Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung (auch ein neoliberaler Think Tank)
- 9.) **Prof. Dr. Dieter Lenzen**, Präsident der Freien Universität Berlin
- 10.) **Ulrike Nasse-Meyfarth**, Olympiasiegerin im Hochsprung
- 11.) **Dieter Rickert**, gilt als Deutschlands bekanntester “Headhunter”
- 12.) **Carl-Ludwig Thiele**, stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
- 13.) **Prof. Dr. Hans Tietmeyer**, Vorsitzender des Fördervereins und ehemaliger Präsident der [Deutschen Bundesbank](#)
- 14.) **Martin Kannegiesser**, Gründer der INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)
- 15.) **Reinhard Hundt**, Chef vom Verband der deutschen Arbeitgeber
- 16.) **Ulrich Dietz**, Vorsitzender des Vorstandes der GFT AG
- 17.) **Oswald Metzger**, War Finanzexperte Bündnis 90/Die Grünen-jetzt zur CDU gewechselt 😊
- 18.) **Dominique Döttling**, Geschäftsführende Gesellschafterin Döttling & Partner Beratungsgesellschaft mbH, Uhingen
- 19.) **Prof. Dr. Arnulf Baring**, Politikwissenschaftler und Publizist
- 20.) **Prof. Dr.-Ing. Dagmar Schipanski**, Präsidentin des Landtages von Thüringen
- 21.) **Carl-Ludwig Thiele**, MdB Stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

22.) **Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung Münster (CAWM), Universität Münster

Und so lauten ihre immer wieder in Gebetsmühlen wiederholten Thesen

- 1. Deutschland ist international nicht konkurrenzfähig**
2. Deutschland kann sich die sozialen Lasten nicht mehr leisten
3. die Lohnnebenkosten sind zu hoch
4. die Löhne sind zu hoch
5. die Steuern für Unternehmen sind zu hoch
6. die Kräfte des Marktes regeln alles ohne staatliche Eingriffe besser
7. Privatisierung staatlicher Unternehmen schaffen ein besseres PreisLeistungsverhältnis und besseren Service
- 8. Deutschland erstickt an seiner Bürokratie**

Quelle: <http://suboptimales.wordpress.com/2008/03/26/think-tanks/>

aus: Junge Welt 05.05.2007 / Thema / Seite 10

Kreativität als Herrschaftsideologie

Neoliberale Klassentheorie. Richard Florida oder die Offensive der schöpferischen Erneuerer (Teil 1)

Von Thomas Wagner

<!--

```
var t6354 = "t";
```

```
function  
imgToggle6354(id) {
```

```
var  
e=document.getElementById  
(id);
```

```
t6354=(t6354=="t"? "o": "t");
```

```
e.src="/serveImage.php?
```

```
id=6354&type="+t6354;
}
--><!--
document.write('<a
href="javascript:imgToggle6
354(\img6354\);">');
-->
<!--
```

```
document.write('</a>');
-->
```

Künstler oder Arbeiter?
Hedonistische
Selbstvermarkter auf
Erfolgskurs
Foto: AP

Eine Erfolgsstrategie des historischen Faschismus bestand in der geschickten Vereinnahmung linker Begriffe. Die konservative Idee des Ständestaats wurde von den rechten Ideologen als »revolutionär«, der mörderische Führer-Nationalismus der Nazis als »sozialistisch« verbrämt. In Zeiten des wissensbasierten High-Tech-Kapitalismus geht es den intellektuellen Kopfhaltern der Herrschenden weniger um die Einübung von Unterordnungsbereitschaft von Kollektiven denn um den Appell an die Eigeninitiative der Individuen. Zentrale Fahnenwörter der 68er Bewegung verklären die rücksichtslose Konkurrenzgesellschaft als beste aller möglichen Welten.

Die neoliberale Ideologie bezieht einen Großteil ihrer Überzeugungskraft aus der herrschaftsgenehmen Umpolung von Begriffen und Schlagworten wie »Selbstbestimmung«, »Autonomie« oder »Spontaneität«, mit deren Hilfe antiautoritäre Linke einst die emanzipatorische Bewegung hatten beflügeln wollen. Als »Netzwerk« beschrieben, erhält das Projekt ungehemmter Ausbeutung heute eine unerwartet fortschrittliche Aura. Mit dem schillernden Begriff der »Kreativität« werben Exlinke und Grüne für die restlose Zerstörung des Sozialstaates. Einer ihrer wichtigsten Stichwortgeber ist der US-Ökonom Richard Florida, der mit seiner Theorie der »kreativen Klasse« weltweit Erfolge feiert. Sein scheinbar unaufhaltsamer Aufstieg belegt, daß auch die marxistische Klassenterminologie nicht dagegen gefeit ist, in ein neoliberales Kampfinstrument verwandelt zu werden. Das Wirtschafts magazin Brandeins feiert in seiner aktuellen Schwerpunktnummer »Ideenwirtschaft« unverfroren die permanente »kreative Zerstörung« (Brandeins, H. 5, Mai 2007, S. 60) als wichtigste Errungenschaft der restlos nach marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzipien strukturierten Gesellschaft und fordert in diesem asozialen Sinne »die Umkehrung aller Verhältnisse, wie wir sie kennen«. (ebd., S. 54)

»Kreative Klasse«

Das Schlagwort von der »kreativen Klasse« begann seine Karriere als neoliberale Waffe im Stellungskrieg um die Hegemonie spätestens im Jahr 1998 in Großbritannien. Damals hatte das Kulturministerium der Blair-Regierung einen Bericht über die sogenannten kreativen Industrien vorgelegt. Individuelle Innovationsfreude und die Verwertung geistigen Eigentums wurden darin als bisher unterschätzte Faktoren wirtschaftlicher Produktivität definiert. Im Rahmen großangelegter städtischer Umstrukturierungsprojekte versah man nun ehemalige Industriestädte mit einer

Infrastruktur, die auf die profitverheißende Ansiedlung kreativer Industrien zielte. Von diesem staatlich forcierten Strukturwandel im Vereinigten Königreich inspiriert, verfaßte der smarte US-Ökonom Richard Florida mehrere internationale Bestseller, die das wirtschaftliche Potential kreativen »Humankapitals« und die Bedingungen seiner Verwertung zum thematischen Schwerpunkt machen.

Mit dem Sachbuchbestseller »Der Aufstieg der Kreativen Klasse« (»The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life«, New York 2002) gelang Florida der weltweite Durchbruch. Das Buch enthält eine eigentümliche Melange von Klassenterminologie und Kreativsemantik. Die wichtigsten Thesen sind schnell zusammengefaßt. Wissenschaftler, Ingenieure, Künstler, auch Manager und all jene Angestellte, für die die Produktion guter Einfälle für die Karriere ausschlaggebend ist, bilden gemeinsam eine »kreative Klasse«. In den USA seien das 38 Millionen Amerikaner, »die ihr Wissen, ihre Intelligenz und Kreativität nutzen, um meßbare wirtschaftliche Werte zu schaffen«. (Welt am Sonntag, 14.7.2002) Was für die ökonomische Produktivität zählt, ist nicht die formale Qualifikation, sondern die kreative Kompetenz all jener, die in irgendeiner Weise innovativ arbeiten. Die Angehörigen der »kreativen Klasse« zeichnen sich laut Florida dadurch aus, daß sie Kapital aus ihren wie auch immer erworbenen Fähigkeiten zu schlagen verstehen. Ihr Betätigungsumfeld sieht er in der weltweit verbreiteten Kultur moderner Großstädte. Die dort beheimatete Populär- und To-Go-Kultur, mit ihren jungen Kommunikations- und Dienstleistungsunternehmen, ihrem Fitneßkult und hedonististischen Wertehorizont habe einen entscheidenden Anteil an der kreativen Neuschöpfung des individuellen Lebens, der Wirtschaft und der Gesellschaft. In Floridas Worten: »Die Kreative Klasse ist die normensetzende Klasse unserer Zeit. Aber ihre Normen sind anders: Individualität, Selbsta Ausdruck und Offenheit für Verschiedenartigkeit werden der Homogenität, Konformität und dem »Fitting in« vorgezogen, die für das Zeitalter der Organisationen kennzeichnend waren.«¹ Da die Produktivität in der »Informationsgesellschaft« immer mehr vom Engagement der »Kreativen« abhängt, sieht Florida die öffentliche Hand und die privatwirtschaftlichen Betriebe vor eine gemeinsame Aufgabe gestellt. Um erfolgreich zu sein, müßten sich öffentliche Wirtschaftsförderungprogramme und betriebswirtschaftliche Unternehmensstrategien an den Interessen und Wünschen der »kreativen Klasse« orientieren. Die Investitionen müßten von Maschinen und anderen Formen technischer Infrastruktur in jene Bereiche umgeleitet werden, die einen Wirtschaftsstandort für Kreative attraktiv machten. Gefordert sei ein stimulierendes urbanes Umfeld, daß den Kommunikations-, Konsum- und Zerstreuungswünschen der »kreativen Klasse« gerecht werde.

»Im Gegensatz zur häufig von Techno-Futuristen geäußerten Ansicht, das verkabelte und kabellose Informationszeitalter habe den Ort irrelevant werden lassen, sind die Kreativarbeiter, mit denen ich gesprochen habe, einhellig der Meinung, daß er von zentraler Bedeutung ist. Diese Menschen bestehen darauf, in einem kreativen, stimulierenden Umfeld zu leben.«² Eine erfolgreiche Standortpolitik von Ländern und Kommunen müsse sich daher weniger an den steuerlichen Anreizen für multinationale Konzerne als an der Schaffung eines adäquaten Lebens- und Arbeitsumfelds für kreative Köpfe orientieren. Denn die Global Player tendierten dazu, immer mehr an jenen Orten zu investieren, wo sie fähige und kreative Arbeitskräfte dauerhaft an sich binden können.

Entsolidarisierung mit drei »T's«

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit regionaler Wirtschaftsstandorte sieht Florida an drei Faktoren geknüpft. Die Zauberworte heißen: »Technologie«, die Förderung der »Talente« der Menschen und die »Toleranz« gegenüber anderen Lebensformen. In diesem Zusammenhang gibt

Florida dem Solidaritätsbegriff eine ganz neue Bedeutung. Nicht mehr um die Unterstützung sozial Schwacher oder gar den solidarischen Kampf gegen die Ungleichheit soll es gehen, sondern um das genaue Gegenteil: die öffentliche Förderung und ökonomische Abschöpfung jener Fähigkeiten, mit denen sich die Individuen in der atomisierten Konkurrenzgesellschaft als Wirtschaftssubjekte durchzusetzen vermögen. In der Tageszeitung Die Welt gab Florida daher die Losung aus: Solidarität bestehe »in der Weiterentwicklung menschlicher Fähigkeiten«. (Welt, 20.3.2006) Die Menschen sollten ihre Gelegenheit bekommen, »das zu sein, was sie sein möchten«. (ebd.) Auf diese Weise kann die »Kreativität eines jeden einzelnen sinnvoll genutzt werden«. (ebd.)

Für die Unternehmerprofite ist das schon deshalb günstig, weil die kreative Entfaltung am prekären Arbeitsplatz sogar mit einer Ersparnis von Lohnkosten oder Honoraren einhergehen mag. Schließlich sei die Ermöglichung von Selbstverwirklichung »noch wichtiger (...) als Geld«. Die US-Zeitschrift Fortune (10.7.2006) folgerte in zynischer Konsequenz aus Floridas Thesen, daß die zunehmend verarmenden amerikanischen Arbeiter gefälligst mehr Kreativität am Arbeitsplatz entwickeln sollen, wenn sie ihre Löhne steigen sehen wollten.

Ausbeutung als Minderheitenpolitik

Die fröhliche Wissenschaft des Richard Florida mißt ökonomisches Potential mit einem Bohème- und Schwulenindex. Gegenüber der Welt am Sonntag erklärte er: »Beides sind Indikatoren dafür, daß eine Stadt das richtige Ökosystem für Kreativität bietet. Schwule und Bohemiens treiben nicht unbedingt selbst die Wirtschaft voran. Aber wo sie sind, finden sich Innovation und wirtschaftliches Wachstum. In den USA zum Beispiel in San Francisco und New York.« (WamS, 14.7.2002) Städte, denen es nicht gelingt, eine ausgeprägte Schwulen- und Einwandererkultur zu etablieren, seien dazu verdammt, zu Verlierern im globalen Wettlauf um ökonomische Entwicklung zu werden. Lokalpolitiker, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, müßten sich also bemühen, für die genannten Bevölkerungsgruppen attraktive Lebensbedingungen zu schaffen. Konservative Sexualmoral und restriktive Immigrationsgesetze müßten weichen, damit wirtschaftlicher Erfolg möglich werde.

Die Schnittfläche zur Multi-Kulti- und Minderheitenpolitik des heutigen SPD-Grünen-Establishments ist unübersehbar. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß Florida mit alldem bei den heutigen Vordenkern der Grünen und radikalliberal gewendeten Intellektuellen offene Türen einrennt und zu einem der wichtigsten Theoretiker der neoliberalen Umpolung grüner Parteiprogrammatik avanciert. Seine Theorie der »kreativen Klasse« hat für diese einflußreichen Gruppen einen entscheidenden Vorteil. Sie ermöglicht die organische Einbindung von Ideen und Praktiken einer fortschrittlichen Sexual-, Ausländer- und Minderheitenpolitik in das neoliberale Projekt. Mitglieder und Wähler der Grünen können sich mit weltoffenen Ideen identifizieren. Gegenüber einer konservativen Abwehrhaltung gegen alle Lebensmodelle, die nicht der heterosexuellen Paarbildungsnorm entsprechen und den fremdenfeindlichen Ressentiments ewiggestriger Nationalisten glauben sie sich weiter als tolerante Linke definieren zu können. Aber zur gleichen Zeit sind sie mit der kapitalistischen Herrschaftsordnung einverstanden.

In der Wirtschaftswoche (41/2006) erklärte Florida seinen deutschen Lesern: »Ihr habt einen schwulen Bürgermeister in Berlin, eine Frau als Bundeskanzlerin und eine starke Kultur der Selbstentfaltung. Das sind wichtige Errungenschaften. Deutschland muß aber offener für Menschen aus aller Welt werden.« Der Welt am Sonntag hatte er schon vor Jahren erläutert, daß fehlende Liberalität die Wirtschaft auf dramatische Weise schädige. »Kreative Menschen ziehen in offenere Städte, wo sie sie selbst sein können. Deutschland muß lernen, noch viel mehr Vielfalt zuzulassen.« (WamS, 14.7.2002) Während das größte Versäumnis der US-Wirtschaft in der mangelnden

Förderung von Talenten zu suchen sei,³ leide die deutsche Wirtschaft an einem Toleranzdefizit. Deutschland habe große Standortvorteile: die Größe des Marktes, hervorragende Unternehmen, aber wie bei anderen alten Industrienationen bestehe ein eklatanter Nachholbedarf bei der geistigen Einstellung, wenn es um eine Vielfalt der Kulturen und Werte geht.⁴

Neoliberale Avantgarde

Linkssein wird reduziert auf die Frage eines urbanen Lebensstils. Schließlich werden von den Ideologen heutiger Unternehmenskultur schon seit einiger Zeit jene Leitideen propagiert, für deren Durchsetzung verschiedene Generationen von Revoluzzern seit studentenbewegten Zeiten immer wieder auf die Straße gegangen waren: Eigeninitiative, Spontaneität und Selbstorganisation. Selbst der revolutionäre Elan der Protestbewegung scheint zurückzukehren, wenn Richard Florida die menschlichen Kreativkräfte fortschrittseuphorisch zum noch unausgeschöpften Potential für die Neugestaltung der Welt ausruft.⁵

Wo nun liegen die Gründe für den beispiellosen Erfolg des US-amerikanischen Wissenschaftlers und Unternehmers? Die Antwort lautet: Floridas Rezepte sind einfach. Sie entsprechen den Interessen der Herrschenden. Sie kommen den sozialen Ideen ehemals linker Politiker und den neoliberalen »Modernisierern« aller Parteien entgegen und scheinen zudem kurz- und mittelfristig politisch umsetzbar zu sein. Die verwendeten Schlagworte sind zudem plakativ und alltagsplausibel genug, um in Wahlkämpfen genutzt werden zu können. Wer wollte schon bestreiten, daß es sich bei der Förderung von Kreativität um eine gute Sache handeln müsse?

Der französische Soziologe Pierre-Michel Menger hat untersucht, wie die Welt der Kunst und die mit ihr verbundene Kreativitätssemantik eine Vorbildfunktion für die Durchsetzung neoliberaler Maximen in immer größeren Bereichen der Arbeitswelt erlangt hat. Den Beschäftigten heutiger High-Tech-Unternehmen wird die gleiche Innovations- und Identifikationsbereitschaft mit ihrer Arbeit abverlangt, wie sie für bildende Künstler als typisch gilt. Auf der einen Seite liefern die vernetzte Organisation in den kreativen Beschäftigungsbereichen und die Arbeits- und Kommunikationsbeziehungen in der Welt der Kunst für andere Arbeitssphären ein zwecks Optimierung der Produktivität nachzuahmendes Organisationsmodell. Andererseits gilt der Künstler als Vorbild für die gewünschten Qualitäten des neuen Arbeitnehmers, als da wären: Selbständigkeit, unabhängiges Denken und Handeln, Selbstinitiative, Einsatzbereitschaft, Selbstkontrolle, Flexibilität, Nutzung und permanente Weiterentwicklung von sozialen Kompetenzen, Kenntnissen und Techniken, persönliche Kreativität.

Der Topos der schöpferischen Erneuerung hat sich bereits in vielen Produktionsbereichen festgesetzt. »Die aus dem 19. Jahrhundert ererbte Vorstellung, die den Idealismus und die Selbstaufopferung des Künstlers gegen den berechnenden Materialismus und die Arbeitswelt ausspielten und der Figur des originellen, provozierenden und rebellischen Künstlers die Gestalt des konformistischen und spießbürgerlichen Bourgeois entgegenhielten, hat ausgedient. In Gestalt des phantasievollen, mobilen, hierarchiefeindlichen, sich selbst motivierenden Arbeiters, der sich in einem ungewissen Wirtschaftskontext bewegt und stärker den Risiken der interindividuellen Konkurrenz und den neuen Unsicherheiten der beruflichen Karriereplanung ausgesetzt ist, ähnelt der Künstler in den gegenwärtig vorherrschenden Vorstellungen eher einem möglichen Idealbild des Arbeitnehmers der Zukunft.«⁶

Freiberufertum und atypische Beschäftigungsarten wie kurzzeitige Anstellung, Teilzeitarbeit oder Mehrfachanstellung waren lange Zeit die dominierenden Formen der Arbeitsorganisation im Bereich künstlerischer Produktion. Ausgerechnet die Kunst, die sich im Rahmen der bürgerlichen

Gesellschaft über viele Jahrzehnte vehement und plakativ gegen die vollständige Unterordnung des Sozialen unter die Imperative des Marktes zur Wehr zu setzen schien, entpuppt sich ironischerweise daneben als ein hervorragendes Experimentierfeld für die Erprobung flexibler Arbeitsformen. Ein wichtiger Indikator für den Erfolg der neoliberalen Kreativitätsideologie ist ihre Umsetzung in handfeste politische Programmatik.

1 zitiert nach Goehler, Adrienne: Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft. Frankfurt/M.-New York 2006, S. 115

2 zitiert nach Friebe, Holm und Sascha Lobo: Wir nennen es Arbeit. Die digitale Bohème oder: Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung. München 2006, S. 141.

3 Vgl. Washingtonian, 1. Aug. 2006, www.washingtonian.com/articles/education/1665.html

4 Vgl. www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=2098

5 Vgl. Washingtonian, 1. Aug 2006, www.washingtonian.com/articles/education/1665.html

6 Vgl. Menger, Pierre-Michel: Kunst und Brot. Die Metamorphosen des Arbeitnehmers. Konstanz 2006, S. 10